DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 112. Samstag, 19. November 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

WO IST DIE »VIERTE GEWALT«, DIE FREIE PRESSE? HIER! Dies ist die 112. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

ADIEU, EUROPA



Titelillustration: DW/Ute Feuerstacke

KANN UNS NUR NOCH RUSSLAND RETTEN?

Die USA sprengten mit Hilfe Englands unsere Fernwärmeleitungen in der Ostsee. Nach der Corona-Lüge und dem Spritzengenozid sollen wir zum Dank für unsere »Solidarität« mit dem niedergehenden US-Finanzkapitalismus brav in den möglichen Dritten Weltkrieg ziehen. Die Konzernpresse lügt ohne Ende. Unsere Gesellschaft ist in zweieinhalb Jahren zerstört worden. Kann nur noch Moskau, seit jeher Stern des Ostens und Gewissen Europas, uns vor dem Untergang retten? Oder hat der seit 77 Jahren amerikanisch besetzte Kontinent noch eine andere Chance?

Seite 14

MÄRTYRER ENTSTEHT!

Er versammelte Millionen Demokraten in Berlin und brachte das überwachungsfreie »Freedom Phone«. Seit Juni 2022 hält das BRD-Terrorregime Michael Ballweg ohne Anklage in Stammheim fest. Mit jedem Tag wächst sein Mythos – und die Demokratiebewegung ist überall, montags und jeden Tag!

Seiten 4 und 6

INHALT #DW112

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 112. Ausgabe ab Samstag, 19. November 2022. | Redaktionsschluss war am 17. November. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.



Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Ein wirklicher Arzt

Der Preis der Republik geht an Dr. med Ronald Weikl.
LAUDATIO von Dr. Walter Weber

Unser Staat verfolgt Ärzte, die sich entsprechend dem Nürnberger Kodex und dem Genfer Gelöbnis für die Menschlichkeit einsetzt, kriminalisiert sie und verurteilt sie wie Schwerverbrecher.

Zitieren wir den Wochenblick aus Österreich: »Ärzte, die sich notfalls entgegen der Anordnungen der Obrigkeit für Menschlichkeit und Gesundheit einsetzen, wurden von der Corona-Diktatur gnadenlos verfolgt. Weil der Passauer Mut-Arzt Ronald Weikl Masken-Befreiungsatteste ausstellte, wurden sein Privathaus und seine Praxis stundenlang auf den Kopf gestellt und der Mediziner vor Gericht gezerrt. Das System machte keinen Hehl aus seinen Plänen: Es wollte den kritischen Arzt hinter Gittern sehen und ein Berufsverbot gegen ihn erwirken. Diese überschießende Strafe wurde es am Ende zwar nicht – aber auch das Urteil am heutigen Dienstag ist noch starker Tobak: Ein Jahr Haft auf Bewährung.« Ärzte, die sich nach der Berufsordnung richten – zum Beispiel Paragraph 2 Absatz 4.: »Ärztinnen und Ärzte dürfen hinsichtlich ihrer ärztlichen Entscheidungen keine Weisungen von Nichtärzten entgegennehmen«, werden von den Ärztekammern im Stich gelassen. So auch geschehen bei Dr. Ronald Weikl. Der Passauer Frauenarzt ist seit 33 Jahren mit Uta verheiratet. Sie haben sechs zum Teil schon erwachsene Kinder. Er hört gerne Musik, liebt das Segeln mit Freunden und fühlt sich zu Griechenland hingezogen, wo er auch den Olymp bestiegen hat.

Gemeinsam mit Professor Sucharit Bhakdi und anderen Wissenschaftlern hat er die Organisation »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie« gegründet (mwgfd.de) und setzt sich unermüdlich für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit in Medizin und in der Gesellschaft ein. Dr. Weikl hat sich nicht träumen lassen, dass ihn das System einst aufs Schärfste verfolgen würde und dem sympathischen Mediziner die Existenz rauben will. Er wird sich wehren und seine innere Einstellung nicht verraten. Danke, Ronnie! (siehe auch Meldung Seite 4).

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DR. MED RONALD WEIKL. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Guter Journalismus

EINWURF *von Werner Köhne*

Über einen fehlgehenden oder fehlgeleiteten Journalismus ist inzwischen erschöpfend berichtet worden, zumal wenn dieser Journalismus sich – gemessen am Kriterium der »Basis-Evidenz« (wer hat sich diese Wortschöpfung nur ausgedacht ?) – ohnehin selbst entlarvt.

Sollte das indes diesen Umkehrschluss nahelegen: Wir brauchen endlich wieder »guten Journalismus« – dann wirds schon wieder? Wie im Bereich der Rechtsprechung, die in den letzten Jahren so massiv ausgehebelt wurde, dass von einem Rechtsstaat nicht mehr viel übrig blieb; und wie im Bereich der pandemisch patentierten Wissenschaft, die machtpolitisch so in den Dienst genommen wurde, dass Verlautbarungen des Robert-Koch-Instituts sie letztlich platt machten –; so erweist sich die »Vierte Gewalt« als ein zu stumpfer Säbel, wenn es darum geht, eine Rückkehr zu demokratischen Gepflogenheiten herbeizufechten.

Die Deformationen, denen wir im Coronaszenario in geradezu kafkaesker Weise ausgesetzt waren und noch sind, reichen tiefer als das Versprechen, dass alles wieder besser werde, wenn nur gut ausgebildete Absolventen der Journalistenschule für Aufklärung sorgten. Während an der Corona-Front der medialen Einpeitscher und *Faktenchecker* ein wenig Ruhe einkehrt – nicht aus Einsicht, sondern weil die schrecklichen Folgen der Impfpraxis einfach nicht mehr geleugnet werden können –; während ferner eine vor sich hin mauschelnde Politikerkaste ihre Agenda mit neuen Krisen auf Trapp hält, um sich so an der Macht zu behaupten; und während die einst angekündigte »neue Normalität« krude Mentalitäten und riesiges Misstrauen im zum Patienten mutierten Individuum zurück lässt; während all dies geschieht, fällt es immer schwerer, eine diskursive Gegenstrategie zu entwickeln.

Es irgendwie besser zu machen, das hilft da nicht allzuviel weiter. Und was käme dabei heraus, wenn man wieder am runden Tisch sitzt, als wolle man gutgesinnt ein Problem lösen. Eine beklemmende Perspektive kündigt sich schon in diesem Szenario an: Eine seriös und zugleich launisch sich gebende Aristokratie des Widerstands (die gibt es leider schon) kehrt irgendwann in die medialen Trutzburgen von *Markus Lanz*, *Die Zeit* und *Spiegel-TV* zurück. Gott bewahre uns vor solchen Karrieren! (Siehe auch DW-Umfrage, Seite 4)



Immer wieder Deutschland

Wer zahlt freiwillig Höchtsbeträge an die WHO, schürte den PCR-Betrug und nimmt für mRNA-Gewinne Tote und Verletzte in Kauf?

Ein KOMMENTAR von Sophia-Maria Antonulas

Warum? Warum sind es wieder die Deutschen, die nicht wissen, wann es genug ist?

Ja, auch das kleine Österreich soll hier nicht unerwähnt bleiben, es wollte dem großen Bruder nicht hinterherhinken, pudelte sich in alter Gewohnheit auf und führte gleich eine allgemeine Impfpflicht ein – mit einer Substanz, für die es keine Langzeitstudien gibt und bei der von vornherein klar war, dass es massive Langzeitfolgen und Tote geben wird. Italien hat immerhin Hunderte Milliarden Euro erhalten und dann rechtzeitig die Kurve gekratzt. Nur Deutschland bleibt schon wieder übrig.

Aber warum ist es immer wieder Deutschland, das an der Spitze des Verbrechens steht? Warum gedeiht der Faschismus am Rhein, an der Mosel, der Elbe und in der Spreemetropole so besonders gut? Warum diskriminieren die Deutschen mit derart großer Lust, Hingabe und Verbissenheit? Warum macht sie ihre Besessenheit, endlich einmal auf der richtigen Seite (gegen die Querdenker, gegen die Ungeimpften, gegen den Schmutz) zu stehen, so blindwütig? Wie kann ihr Schuldgefühl so groß sein, dass die vermeintliche Buße sie wieder zu Schuldigen macht?

Und einige beginnen sich zu fragen, welche Rolle Deutschland in diesem agilen Welttheater eigentlich spielt. Wird es wieder die Hauptrolle? Können die anderen Staaten wieder mit dem Finger auf Berlin zeigen: »Seht her, sie sind schuld! Die Deutschen haben es wieder getan. Das müsst ihr uns glauben!

Die ganze Welt ist auf den PCR-Test von Christian Drosten reingefallen. Schließlich fußte die gesamte Pandemiegeschichte auf diesem betrügerischen Test. Wir hatten keine Ahnung. Wir sind unschuldig, die Deutschen waren's.«

MADE IN GERMANY

Und der internationale Chor der Selbstgerechten könnte einstimmen, dass nicht nur der PCR-Test selbst Betrug war, sondern auch die Begründung, warum so viele Tests gekauft und eingesetzt werden mussten. Denn schließlich sei man doch in Deutschland darauf gekommen, dass es bei diesem Corona-Virus asymptomatische Infektionen gäbe. So könnte die Rechtfertigung der Staaten lauten: »Erinnern Sie sich an die Chinesin, die in Bayern bei Webasto ein *Meeting* hatte, es hieß sie hätte keine Symptome gehabt und trotzdem viele Menschen angesteckt. Auch für die Ausgangssperren, Schulschließungen, Quarantäneverordnungen, Masken und Abstände, dafür können wir nichts. Alles nur, weil angeblich asymptomatische Ansteckung existiert. Deutschland wusste es besser! Und was hat die Charité eigentlich mit dem Tongji Medical College in Wuhan zu schaffen?«

Warum zahlt Deutschland – also die deutschen Steuerzahler – die höchsten freiwilligen Beiträge an die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Möchte die internationale Gemeinschaft der Bundesrepublik auch daraus einen Strick drehen? Sie könnte erklären: »Mit diesen Zahlungen wollte Deutschland sicherstellen, dass die WHO die Pandemie ausruft und möglichst lange aufrechterhält. Der Firma Biontech sollten hohe Gewinne und Deutschland hohe Steuereinnahmen beschert werden. Das sehen wir jetzt ganz deutlich.«

Wollte Deutschland eigentlich nur beweisen, dass es wieder »Verantwortung in der Welt« übernehmen könne, und ist dann vor lauter Aufregung blind übers Ziel hinausgeschossen? Mit Deutschland in der Hauptrolle. Wer führt die Regie? Werden sie sich diesmal zeigen? Sollte es jemals eine Aufarbeitung der Geschehnisse seit März 2020 geben, dann mündet die hoffentlich in mehr als nur Schauprozessen. Sonst bleibt Deutschland Wiederholungstäter.





Demo Düsseldorf 13. November 2022 Foto: Georgi Belickin



Sophia-Maria Antonulas ist freie Journalistin in Stockholm und DW-Co-Herausgeberin.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.348
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.698
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.615
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.058
Mai	75.669	75.835	80.876	81.614
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.217
Jul.	76.926	73.795	76.704	85.529
Aug.	73.444	78.742	76.402	85.739
Sep.	71.022	74.243	77.931	80.013
Okt.	77.006	79.781	85.080	
Nov.	78.378	85.989	93.915	
Dez.	83.329	108.792	103.171	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	763.831

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

SPANIEN STEHT AUF

Madrid/DW. Am Sonntag, 13. November, sind mindestens 200.000 Spanier in der Hauptstadt Madrid auf die Straße gegangen (Foto/privat). In spanischen Medien war von einer »weißen Flut« die Rede, die die Stadt »überschwemmt« habe. Es demonstrierten Ärztinnen, Pfleger, Krankenhausmitarbeiter und Apotheker gegen die Corona-Lüge und den Spitzengenozid, die zuvor in Spanien nur vergleichsweise kleine Proteste hervorgerufen hatten.

Auslöser der größten Demonstration in Madrid seit der Revolution war eine als Sozialreform getarnte geplante Zerstörung des spanischen Gesundheitssystems, die Ende Oktober erst kurzfristig bekannt wurde unter dem Schlagwort eines »Notfallsystems zur Versorgung außerhalb von Krankenhäusern«. Die Reform sieht vor, dass Ärzte beliebig einzelnen Notlagern zugeordnet werden sollen. Zudem sollen Sprechstunden durch Videochats mit Ärzten und Krankenschwestern ersetzt werden.

Zum Auftakt des neues Systems am 27. Oktober hatten sich laut Angaben des Gesundheitsministeriums bereits 60 Prozent der Ärzte und Mitarbeiter demonstrativ krankgemeldet. Die Proteste wurden in der Folge endlich auch von den auch in Spanien überbezahlten Gewerkschaftsfunktionären unterstützt, die zuvor – wie auch in Deutschland – vom Corona-Genozodregime der Pharma- und Technikkonzerne bestochen worden waren und jede Unterstützung im Kampf gegen Corona-Lüge ausfallen hatten lassen. (ale)

MELDUNG



Foto: Bettina Gorzolla

PASSAUER GERICHT MIT POLIT-URTEIL

Passau/DW. Dr. med. Ronald Weikl wurde am 15. November am Landgericht Passau zu einem Jahr auf Bewährung und den Gerichtskosten verurteilt. Weikl hatte Maskenbefreiunsatteste ausgestellt. Das Revisionsurteil gilt als Farce. Der Arzt für Aufklärung Rolf Kron wies in seiner Stellungnahme vor dem Gerichtshof darauf hin, dass im Rechtswesen andere Länder solche Urteile längst keinen Bestand mehr haben. Weikl will in die nächste Instanz gehen (siehe Seite 2 dieser Ausgabe). (ale)

WER NIMMT FAKE-EINLADUNG ZU LANZ AN?

Berlin/DW. Die *ZDF*-Sendung Markus Lanz soll bereits beim *Casting* sein. Die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* (DW) fragte deshalb in einer *Online*-Umfrage: »Das Corona-Regime fällt unaufhaltsam. Man wird den Widerstand ›eingemeinden‹ wollen. Welcher bekannte Widerständler ist Ihres Erachtens am ehesten bereit, sich von Zielen und Mitstreitern ›zu distanzieren‹ und wird in eine *Mainstreammedien-Talkshow* eingearbeitet?«

Bis Mittwoch, 16. November 2022 um 16 Uhr gingen 2.035 Stimmen ein. 14 Prozent wählten die Antwort »Viviane Fischer«, also die Rechtsanwältin der *Online*-Sendung »Stiftung Corona-Ausschuss«, die mit Reiner Füllmich zuletzt in eine massive Spendenaffäre verstrickt war (#DW berichtete); 13 Prozent antworteten mit Markus Haintz, dem Juristen, früheren DW-Kolumnisten und Telegram-Star mit mittlerweile intensivem Verhältnis zum berüchtigten *RBB*-Reporter Olaf »20.000« Sundermayer; 6 Prozent antworteten mit »der Volkslehrer / Attila Hildmann / jemand anderes eher Randständiges«, also Leute, die die Wahrheit über Corona mit Theorien zur flachen Erde mischen; 5 Prozent antworteten mit »Aya Velazquez«, linksradikale Verschwörungs-Verschwörungs-Theoretikerin und Ex-Exhibitionistin mit spanischem Pseudonym.

4 Prozent antworteten mit Wolfgang Wodarg, dem Aufdecker bereits der Schweinegrippenlüge ab 2009, 3 Prozent wählten »Sucharit Bhakdi / Bodo Schiffmann«, die wichtigen Ärzte und Wissenschaftler, die frühzeitig aufklärten, und je 2 Prozent entfielen auf »Beate Bahner«, die berühmte Medizinanwältin, die als erste ihren Widerstand bekanntgab, »Michael Ballweg / Ralf Ludwig«, also den Querdenken-Gründer und seinen Freund und Anwalt.

Ebenso 2 Prozent entfielen auf »Uli Gellermann / Hendrik Sodenkamp / Anselm Lenz«, also die Gründer der Demokratiebewegung ab 28. März 2020. Wichtig: 49 Prozent oder 993 Stimmen wählten die Antwortmöglichkeit »weiß nicht / mag die Frage nicht«. (jro)

Rechtsstaat 2.0?

Seit 29. Juni hält das Regime den Bürgerrechtler Michael Ballweg rechtswidrig in Haft. | BERICHT von Andrea Drescher

Am 14. November 2022 gab es eine Pressemitteilung des Verteidigerteams von Michael Ballweg. Er bleibt weiter in Haft. Und dass obwohl es KEINEN dringenden Tatverdacht für einen vollendeten Betrug nach Befragung der Schenker gibt.

Auch ich bin einer dieser Schenker, politisch korrekt wohl besser Schenkerin. Auch ich wurde befragt. Die Staatsanwaltschaft hat wohl keine Kosten und Mühen gescheut, alle Schenker:innen und :aussen zu befragen. Die Fragen wurden per Post zugestellt und waren schriftlich zu beantworten. Und das, obwohl ich nach dem Aufruf der Mutigmacher e.V. per E-Mail bereits angegeben hatte, dass ich einige Male auf Querdenken-Demos gespendet hätte.

ABSURDE BEFRAGUNG DER STAATSANWALTSCHAFT

»Wie und wann haben Sie diese Schenkungen vorgenommen? Bitte nennen Sie die Zahlungsart (bar, Überweisung, *PayPal*) und das jeweilige Datum. Wodurch wurden Sie auf die Aufrufe für Zuwendungen zugunsten von Querdenken 711 aufmerksam (Aufruf Demo, Video, *Homepage*, *Flyer*, o. ä.)? Bitte wenn möglich mit Zeit- und Ortsangabe. Sofern Sie Ihre Zuwendung bar getätigt haben: Wem haben Sie Ihre Barzuwendung übergeben? Was dachten Sie zum Zeitpunkt der Zahlung des Schenkungsbetrages, wofür dieser verwendet werden würde? Wie kamen Sie darauf, dass Ihre Zuwendung wie unter Ziff. 4 von Ihnen beantwortet verwendet werden würde? Gingen Sie davon aus, dass Ihre Zuwendung auch für private Zwecke von Michael Ballweg (Lebenshaltungskosten, Media Access GmbH, Familienstifung etc.) verwendet werden würde? Wenn ja, wie kamen Sie zu dieser Annahme?«

Wie ein halbwegs vernünftiger Mensch davon ausgehen kann, dass man sich im Oktober 2022 noch daran erinnern kann, wann genau und wo man 2020 und 2021 welche Beträge in eine Dose gesteckt hat, erschließt sich mir nicht. Ich war in 2020 und 2021 geschätzt auf mindestens 20 Querdenker-Demos in Berlin, Leipzig, München und Wien. Überall wurde gesammelt, überall habe ich eine paar Euro in die Sammelbüchse geworfen, wenn ich Kleingeld greifbar hatte. Da ich selbst Demos organisiere, weiß ich, wie teuer so was ist.

Dass man ernsthaft erwarten kann, dass irgendwer von uns Spendern weiß, welchen Menschen man die Barzahlung in die Dose gesteckt hat, erscheint mir völlig absurd. Als ob sich die Menschen, die mit einer Sammelbüchse auf den Demos rumlaufen, persönlich vorstellen würden. Die letzte Frage wird dann richtig perfide. Michael Ballweg hat allein im Jahr 2020 über eine Millionen Euro privates Geld in die Demos investiert, wie man der von ihm veröffentlichten Ausgabenpräsentation für 2020 entnehmen konnte. Dass er durch die Spenden einen Teil davon zurück bekommt, finde ich mehr als gerechtfertigt.

Aber gut: Es war und ist wohl das Ziel, Michael Ballweg fertig zu machen und damit die ganze Szene zu verunsichern. Strafe einen, erziehe Hunderte, wenn nicht Tausende. Aber damit werden »sie« nicht durchkommen. Nicht nur impfende Ärzte werden sich irgendwann für ihr Tun zu verantworten haben. Auch die Juristen werden ihren Beitrag an diesem Unrecht rechtfertigen müssen. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart wird sich unangenehme Fragen gefallen lassen müssen.



No pasarán y venceremos! – Kein Durchkommen gegen uns und wir werden siegen!, Losung der spanischen Antifaschisten im Spanischen Bürgerkrieg. – Querdenken-Gründer Michael Ballweg und NichtOhneUns-Gründer, Journalist und Verleger Anselm Lenz am 9. März 2021 in Berlin.
Foto: Wolfgang Greulich

DIE OFFIZIELLE PRESSEMITTEILUNG SEINES VERTEIDIGERTEAMS

»Das Oberlandesgericht Stuttgart hat mit einem den Verteidigern von Michael Ballweg heute zugestellten Beschluss die Untersuchungshaft von Michael Ballweg aufrechterhalten und einen neuen Haftbefehl erlassen. Es soll sich nunmehr nur noch ein dringender Tatverdacht für die Begehung eines versuchten Betruges ergeben.

Ausdrücklich weist das OLG in seinem Beschluss darauf hin, einen dringenden Tatverdacht für einen vollendeten Betrug sehe das Gericht auch nach der Befragung der Schenker durch die Staatsanwaltschaft nicht. Das OLG bestätigt damit, dass Michael Ballweg keinem Schenker vollendet geschadet habe, sieht aber in den Überweisungen von einem eigenen Konto Ballwegs auf ein anderes eigenes Konto Ballwegs einen Versuch der Verschleierung. Das Verteidigerteam wird den Beschluss noch im Detail auswerten und dazu eine gesonderte Stellungnahme abgeben. Stuttgart, 14. November 2022. Für das Team der Verteidigung, Rechtsanwalt Dr. Alexander Christ, Berlin« (Der Beitrag von Andrea Drescher erschien zuerst online auf tkp.at)

FASCISMO BAVARESE

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

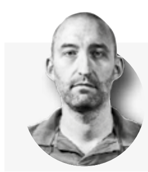
An den Aktionen der »Letzten Generation« ist vieles fraglich: Hält deren Klebstoff tatsächlich am Asphalt, angesichts von Feuchtigkeit und Dreck? Simulieren die Aktivisten das meiste?

Die Antworten wären so interessant wie die Identität der Hintermänner und die Finanzierung dieser Gruppen. Über deren Ziele und Methoden kann man streiten; umso leidenschaftlicher mit einem Berliner und Autofreund. Es ist wahr: Geriete ich in einen ihrer Staus, ich würde nicht zögern, den Hysterikern meinen letzten Baumarktkauf zu demonstrieren: einen 10-Liter-Wasserkanister.

Ergäbe sich aber die Chance: Ich würde dieselben Hysteriker, ohne zu zögern, aus dem befreien, was ihnen nun in Bayern zuteilwurde: sogenannte Präventivhaft. Wie viel zu oft in den vergangenen Jahren ist Bayern mit dieser Einrichtung Vorreiter bei der Zerstörung unserer Bürgerrechte. Bis zu 30 Tage kann dort in Polizeihaft genommen werden, wer nach Meinung der Landesregierung Bagatelldelikte begehen könnte. Söders Gefolgsleute gaben dem Anti-Freistaat ein »Polizeiaufgabengesetz«, das es erlaubt, selbst Kleintäter wie die der »letzten Generation« vorbeugend einzukerkern. Unterstellen wir für den Moment, die Baynernhaft sei formal vereinbar mit unserer Rechtsordnung. Unterstellen wir ferner, sie träfe ausschließlich solche Täter, die ihre Taten wiederholt hätten. Unterstellen wir schließlich, in jedem Fall habe ein Richter die Haftanordnung vorab gründlich geprüft. Auch unter all diesen Annahmen bleibt diese Präventivhaft ein neuer Tiefpunkt unserer Nachkriegsgeschichte. Denn mögen die Taten der Klima-Hysteriker auch Nötigungen sein, mögen sie eine Verhöhnung unserer Rechtsordnung und – in sehr seltenen Fällen – sogar ein Risiko für Hilfsbedürftige sein. Mögen diese Aktivisten in jeder Hinsicht die letzten ihrer Generation sein und alle Härte des Rechtsstaates verdient haben: Ohne rechtfertigenden Notstand bleibt jede vorbeugende Freiheitsberaubung eines Rechtsstaates unwürdig!

Man mag über die Protest-Blockaden denken, wie man möchte. Unstrittig aber geht von ihnen keine Bedrohung aus, die mit islamistischem Terrorismus vergleichbar wäre oder Karl Lauterbach. Unstrittig fehlt es dem Staat auch nicht an Beweisen oder Gesetzen, die Blockierer nach ihren vielfach begangenen Taten ordentlich abzuurteilen. Allein das scheint Bayern zu aufwendig. Dafür müsste es ausreichend Personal stellen, bei Richtern und Staatsanwälten. Auch Anwälte müsste es im Zweifel für die Verfolgten zahlen. Vor allem aber wäre der Weg des Rechtsstaates langwierig und damit nicht opportun für den Antidemokraten Söder. Diesem Staat, für den Markus Söder steht wie kaum ein zweiter, fehlt nach zwei Jahren systematischen Rechtsbruches jegliche Autorität. Darum wird er nun autoritär. Impotent ist dieser Staat, gegenüber relevanter Kriminalität. Impotent gegenüber allen Clans, die sich unser Gemeinwesen zur Beute gemacht haben, den migrantischen wie denen der Parteipolitiker und ihrer Finanziers. Unfähig ist er in seinem Eigennutz inzwischen sogar, die Existenzgrundlagen seiner Volkswirtschaft zu wahren oder auch nur den Frieden mit seinen Nachbarn. Dieser Impotente prügelt nun zur Schau ein auf eine Minderheit, für deren Misshandlung sich der Ministerpräsident Beifall erhofft.

Beifall aus den Reihen der von ihm so lange gedemütigten und ausgebeuteten Mehrheit seiner Untertanen. Mit seiner Präventivhaft »verteidigt« dieser impotente Staat kein anderes Rechtsgut, als seine verprasste Legitimität. Wer daran heute noch Freude empfindet, findet sich morgen vielleicht schon selbst in einer Zelle.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*

Einheitskluft beim G20-Treffen

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.

Was haben Bali und Berlin gemeinsam? Beide wurden und werden von den Marionetten des Weltwirtschaftsforums (WEF) heimgesucht.

Ihre Mission, laut Gründer Klaus Schwab, weiterhin die politischen Kabinette zu durchdringen (Schwab: »We penetrate the cabinets«). Und während viele noch an die vorgespielte Demokratie bei uns glauben, werden zeitgleich Ärzte von deutschen Gerichten verurteilt, die sich nicht an die evidenzbefreiten Vorschriften des Pharmalobbyisten und Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach hielten.

Haben Sie die jüngsten Fotos und Videos der Berichterstattung zum G20-Gipfel gesehen? Klaus Schwab, Gründer des einflussreichen Weltwirtschaftsforums (WEF), war wie immer ohne demokratische Legitimation geladen und gab diesmal – neben den obligatorischen inhaltlichen Instruktionen – vielleicht auch den *Dresscode* (»Kleidungsstil«) vor. Schwab trug ein orangefarbenes Hemd in dezenter Bali-Batik: kurzer Kragen, festes, steifes Material, wie ein Sakko über der Hose getragen.

GEBATIKTE ENDZEITFREAKS

Und siehe da: Seine Jünger aus dem Young-Global-Leaders-Club (junge Globalführer) und Premierminister von Kanada, Justin Trudeau, folgte ihm. Ebenso wie einige andere, darunter auch Joseph Biden, Präsident der USA, Jacinda Ardern, Premierminister von Neuseeland und der frisch gebackene Premierminister Großbritanniens Rishi Sunak. Der Versuch der »kulturellen Aneignung« (Danke an alle Woken) ging allerdings voll nach hinten los. Die gesamte Truppe wirkte wie ein böses maoistisches Panoptikum, da konnten selbst fröhliche balinesische Muster nichts ausrichten.

Mahnend sprach Schwab dann auch wieder über seinen »Great Reset« (großes Zurückstellen), die »große Transformation«. Ein weiteres Thema waren digitale Impfnachweise weltweit. Obacht! Der Spuk ist noch nicht vorbei! Sie werden uns weiter drangsalieren, kontrollieren. Der digital-finanzielle Komplex steuert die westlichen Industrien und Schwab organisiert die Kaderschmiede für die politischen Umsetzer, das WEF (ab Seite 9 dieser Ausgabe) . Vor langer Zeit hat diese steinreiche Clique bereits entschieden, uns zu überwachen, zu steuern und zu entmenschlichen.

BLACKROCK-FRAU MACHT HABECK SCHLAU

Die reichsten der Reichen lassen ihre Vermögen in drei großen *Hedgefonds* verwalten. Der wichtigste und einflussreichste ist Blackrock. Nicht nur, dass CDU-Chef Friedrich Merz dort im Aufsichtsrat saß, jetzt holt sich unser Märchenerzähler und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) seine neue Chefökonomin aus diesem Laden. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Elga Bartsch wird damit eine wichtige Frau im Bundeswirtschaftsministerium. Bartsch soll laut Medienberichten die Leitung der Grundsatzabteilung »Wirtschaftspolitik« übernehmen und damit entscheidend am Umbau zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft mitwirken.



Demo Düsseldorf 13. November 2022 Foto: Georgi Belickin

GEWALTENTEILUNG WAR GESTERN

Merken Sie was? Überall werden Menschen mit den »richtigen« Überzeugungen auf machtvolle Positionen platziert. Die Erzählung vom menschengemachen Klimawandel und den nötigen Maßnahmen, um diesen zu verhindern, ist eine perverse Lüge, um Demokratien und Bürgerrechte überall nach und nach aufzuweichen und auszuhebeln. Dafür missbraucht diese »Elite« unsere Demokratien, indem sie überall ihre Leute hereinschleust, die im Deckmantel des Guten freie Bürger in digitale Sklaven verwandeln. Wo heute noch Demokratie draufsteht, ist schon längst Demokratur drin. Der Beweis für das Ende der Aufklärung und des alten Rechtsstaates zeigte sich im Fall des Humanmediziners Dr. Ronny Weikl. Er wurde in der zweiten Instanz immer noch zu einem Jahr auf Bewährungsstrafe verurteilt, da er von Beginn der inszenierten Corona-Pandemie Kinder und Erwachsene mit ausgestellten Masken-Attesten schützte. Sein Handeln obliegt in einem gesunden Rechtsstaat der freien Entscheidung eines Arztes. Zahlreiche Studien belegen die Gefährlichkeit von Masken, gerade für Kinder. Dennoch gilt Weikl juristisch heute als »Maskenfälscher«. Für uns ist er allerdings ein echter Arzt (Seite 2 dieser Ausgabe). Diese Rechtsprechung zeigt, wohin die Reise geht. Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Ein Schöffe gegen Corona

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***Dirk Sattelmaier***

In dieser Woche ergab es sich, dass gleich noch einmal ein deutsches Oberlandesgericht eine interessante Entscheidung traf. Diesmal betrag sie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit der Artikel 5 und 8 Grundgesetz. Und die wurde von dem Oberlandesgericht Zweibrücken doch tatsächlich hochgehalten.

Zum Fall: Ich vertrete einen Mandanten, der sich des Vorwurfes gegen Paragraph 26 Nummer 2 Versammlungsgesetz in gleich drei Fällen ausgesetzt sieht. Zur Erinnerung: Der § 26 Nr. 2 VersG bestraft diejenigen, die bei nicht angemeldeten Demonstrationen den sogenannten »faktischen Leiter« der Versammlung mimen. Auf den Corona-Protesten des vergangenen Winters war die Polizei fast schon verzweifelt auf der Suche nach dem »faktischen Versammlungsleiter« bei unangemeldeten Demos. In nahezu all meinen Fällen wurde bisher noch kein Mandant dafür belangt. Das Verfahren gegen den hier genannten Mandanten steht noch aus.

Dumm ist nur, dass der Mandant seit geraumer Zeit zum Schöffen bei dem Amtsgericht tätig ist, vor dem er jetzt wegen dieser drei Taten angeklagt ist. Was leider immer wieder untergeht: Schöffen besitzen als sogenannte Laienrichter formal das gleiche Stimmrecht wie die hauptamtlichen Richter. Die Kammer eines Schöffengerichts am Amtsgericht ist mit zwei Schöffen und einem »Profirichter« besetzt. Das bedeutet, dass die beiden Schöffen den hauptamtlichen Richter überstimmen können, was tatsächlich auch hin und wieder vorkommt. Durch die Schöffen – ähnlich der Geschworenen im angelsächsischen Verfahren – soll das Volk Einzug in die Entscheidungsfindung der Strafgerichte halten. Dabei ist das Schöffenamt ein Ehrenamt und unterliegt natürlich auch gesetzlichen Regeln.

Eine dieser Regeln ist, dass der Schöffe dann aus dem Amt enthoben werden kann, wenn dieser eine »gröbliche Amtspflichtverletzung» begangen hat. Im Amt sind das zum Beispiel ständiges Verspäten oder gar vollständiges unentschuldigtes Ausbleiben. Soweit nachvollziehbar. Aber auch ausserhalb des Amtes kann eine solche Verletzung begangen werden, wenn man zum Beispiel die freiheitlich Demokratische Grundordnung vollständig ablehnt.

Und unter anderem genau dies wurde dem Mandanten vorgeworfen, da er ja unangemeldete »Corona-Proteste« geleitet haben soll. Deshalb haben der hauptamtliche Richter und die Generalstaatsanwaltschaft beim OLG Zweibrücken mit diesem Verweis auch die Entfernung des Mandanten aus dem Schöffenamt beantragt. Doch dem hat das Gericht einen Riegel vorgeschoben und sich klar pro Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausgesprochen. Allein die Teilnahme an einer Corona-Protestversammlung sei noch kein Beleg dafür, dass man die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehne. Im Gegenteil, der Mandant nimmt lediglich seine Rechte aus Art. 5 und 8 GG wahr und verbleibt daher im Amt.

Dem ist im Sinne eine sachlichen und gesinnungsfreien Rechtsprechung nichts hinzuzufügen. Chapeau!

SPRICH DOCH MIT SODENKAMP

Herr Sodenkamp, an welchem Punkt stehen wir?
Wir alle haben das zweifelhafte Vergnügen, am größten Gesellschaftsumbau von oben seit über hundert Jahren teilnehmen zu sollen. Erst lügen sie uns dermaßen an, mit ihrer vermeintlichen Sorge um uns, und nun sollen wir brav in den Krieg ziehen. Michel Foucault hatte das schon am Ende seines Lebens entdeckt, wie ich jetzt aus der Arbeit mit dem »Konspirationistischen Manifest« erfahren habe, dessen offizielle Übersetzung wir gerade mit der französischen Autorengruppe »Unsichtbares Komitee« abschließen…

… und das demnächst im Verlag Sodenkamp & Lenz erscheinen wird.
Ja. Die Verstöße im Gesundheitswesen fanden historisch immer kurz vor und parallel vor dem großen Abschlachten statt. Foucault nennt da die Französische Revolution und den Zweiten Weltkrieg. Die Botschaft sollte jeweils lauten: »Hier kannst Du so gut und so lange leben, dass Du dafür sterben willst.« Ich rechne es der Demokratiebewegung seit 28. März 2020 hoch an, dass wir es geschafft haben, dass diese Rechnung nicht voll aufgegangen ist.

Die Frage stellte Anselm Lenz.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

Achtzehnte Woche der Medienmahnwachen LeuchtturmARD.de, im Folgenden druckt DW die Top-30-Standorte ab.

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AUGSBURG: Montag ab 17 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag 18.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
ESSEN: Donnerstag ab 12 • Bürgeransprache • Limbecker Platz
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Montag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
KEMPTEN: Donnerstag 17.45 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 15 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 17 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Donnerstag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Mittwoch ab 16 • NOZ • Breiter Gang
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • Europagalerie
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR-Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
WÜRZBURG: Donnerstag 15.30 • BR Studio • Domplatz 2

IMMER MONTAGS!

ARBERGEN-KETTENBACH, 18 Uhr, am Rathaus (Norma Parkplatz) – ADELSDORF, 18:30 Uhr, am Marktplatz – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus –BAD BOLL, 18 Uhr, am Rathaus – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIENENBÜTTEL, 18:30 Uhr, am Rathausplatz – COPPENBRÜGGE, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – DENKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINKELSCHERBEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – EIGELTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EUSKIRCHEN, 18 Uhr, am Annaturmplatz – FERNWALD, 18:30 Uhr, am Rathaus – FISCHBACH, 18 Uhr, am Marktplatz – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GLÜCKSBURG, 18 Uhr, am Schlossparkplatz – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HELGOLAND, 18 Uhr, am Rathaus – HERZOGENAURACH, 19 Uhr am Marktplatz – KÖNNERN, 20 Uhr, am Rathaus – LAUFEN, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 19.11.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 19.11.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 19.11.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 19.11.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa,19.11.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 19.11.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 19.11.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 19.11.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 19.11.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 19.11.2022 13-17 Uhr	Olpe, Hugo-Ruegenberg-Straße 2	Demoaufzug
Sa, 19.11.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 20.11.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 20.11.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 20.11.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 21.11.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 21.11.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20:30 Uhr	Dreieich, Bürgerpark	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 21.11.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20:30 Uhr	Erzhausen, Hessenplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, am Römer	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 21.11.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 21.11.2022 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 21.11.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 21.11.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 21.11.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 22.11.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 22.11.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 22.11.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 22.11.2022 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 22.11.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 22.11.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 23.11.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 23.11.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 23.11.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 23.11.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 23.11.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 23.11.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 23.11.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 23.11.2022 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 23.11.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 24.11.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 24.11.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 24.11.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 24.11.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 24.11.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 24.11.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 24.11.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 25.11.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 26.11.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 26.11.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 26.11.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 26.11.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 26.11.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 26.11.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 26.11.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 26.11.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 26.11.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 17.12.22 13-20 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



BESORGNIS DER BEFANGENHEIT

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Kürzlich kursierte in der Kurzbriefplattform »Telegram« eine Aufnahme, auf der ein bei einer Kundgebung im Oktober 2022 in Leipzig eingesetzter Polizist im Einsatzanzug einem maskierten Mann in freundschaftlicher Art die Hand reichte. Es wirkte so, als wenn die beiden sich gut kennen würden. Gehörte der Zivilist eventuell zu den Teilnehmern der Gegendemonstranten? Oder war ein anderweitiger Beobachter?

Die Kommentare zu dem Geschehen waren insgesamt als recht kritisch einzustufen. Und so erhielten auch die Polizisten für Aufklärung die Frage, wie sie das Verhalten des Polizisten einstufen würden und ob das Verhalten des Beamten nicht gegen das Neutralitätsgebot verstieße.

Alternativ wurde gemutmaßt, dass es sich bei dem Zivilisten um einen V-Mann der Polizei handeln könnte. Tja, um vorerst kurz zu antworten: Das könnte alles gewesen sein oder auch nicht.

Wichtig ist meines Erachtens erst einmal, den Vorgang lediglich zur Kenntnis zu nehmen, ihn aber nicht ohne nähere Informationen zu bewerten. Das bedeutet auch, dass wir uns als Polizisten für Aufklärung weder zu einer schnellen Erklärung hinreißen lassen noch eine verbale Verurteilung der Handlung des Polizisten vornehmen.

Vielleicht gibt es für das Verhalten der beiden Männer eine ganz banale Erklärung, mit deren Wissen sich jegliche Spekulationen schnell erübrigen würden.

Eventuell hat der Polizist tatsächlich einen Zivilbeamten oder V-Mann begrüßt, was aber in einsatztaktischer Hinsicht als ungeschickt bezeichnet werden müsste. Zumindest kenne ich aus meiner Erfahrung von Polizeieinsätzen keinen Fall, in dem sich Polizisten in Uniform und in ziviler Kleidung eine solche Blöße gegeben hätten.

Die Situation in Leipzig verbunden mit den an uns gerichteten Fragen bietet sich allerdings an, einmal generelle Dinge zum Thema der Besorgnis der Befangenheit von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zu erläutern. Das tun wir hier in der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*.

Von Lars Oberndorf

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de*

SOZIALE WIDERSTANDSKULTUR

Die Demokratiebewegung bildet einen Querschnitt einer sozial, materiell und ideell ungleichen Bevölkerung ab. Sie ist ein soziales Experiment. Das ist gut so, aber sie muss damit umgehen und sich der sozialen Frage stellen. | Eine DW-EXPERTISE von Susan Bonath

Verletzt durch Prügel mit Polizeiknüppeln, verfolgt von der Justiz, drangsaliert vom Chef, von Angehörigen geschnitten, Job und Freundschaften gekündigt, von der Presse verleumdet: Wer sich gegen das repressive Corona- und Kriegstreiberregime wehrt, hat mindestens eines davon erlebt. Doch klar ist auch: Die Demokratiebewegung ist nicht homogen. Sie ist so sozial, materiell und ideell so widersprüchlich wie die Bevölkerung. Das macht sie anfällig für Vereinnahmung, Unterwanderung und Spaltung.

In einem Teil der Analyse sind sich wohl viele einig: Corona und die Wirtschaftskrise haben die seit langem schleichende totalitäre Entwicklung eskaliert. Der Staat dreht frei, zerstört den Mittelstand, während Monopole kräftig abkassieren. Milliarden Menschen weltweit werden ärmer, soziale Spannungen nehmen zu. Während oben der Krieg um Märkte, Rohstoffe und Profit tobt, verschärft sich unten die Konkurrenz um Privilegien, Status und Brosamen.

STAAT UND KAPITAL HAND IN HAND

Corona war ein Turbobooster für die Umverteilung von unten nach oben, hin zu Big Tech, Big Pharma, Big Finanz und Rüstung; ein Supergau für die Monopolisierung von Reichtum und Macht. Mit freundlicher Unterstützung der Regierungen, die wie PR-Agenturen der Multis agieren.



Susan Bonath ist seit zwei Jahrzehnten Journalistin für soziale Themen und lebt in Sachsen-Anhalt.

Der Regierungswechsel in Deutschland 2021 brachte nicht nur nichts. Die »Ampel« eskaliert die Spirale weiter. Sogar großer Krieg in Europa ist nun denkbar geworden. Der einst zuweilen erklungene Schlachtruf »Merkel muss weg« ist verstummt. Die schleichende Erkenntnis macht sich breit: Es ist egal, wer am Ruder sitzt. Frust und Fragezeichen überlagern sich: Wie diesen Goliath besiegen und wohin soll es gehen?

Die Frage stößt auf widersprüchliche Weltanschauungen in unterschiedlichen sozialen Milieus in einer Bewegung, in der Leiharbeiter und Unternehmer, Kassiererinnen und Ärzte, Erwerbslose und Anwälte nebeneinander protestieren. Es ist die ungeklärte Gretchenfrage der Bewegung.

TUMMELPLATZ FÜR INTERESSENSGRUPPEN

Die inneren Widersprüche machen den Protest nicht nur zum Tummelplatz von Geheimdienstagenten. Auch politische Akteure mischen kräftig mit, vorneweg – insbesondere im Osten – die AfD. Es ist unstrittig, dass ohne sie kaum eine kritische Frage den Bundestag und die Landesparlamente erreicht hätte. Die selbstgefällige Blase der »Gleichschreiter«, darunter die Parteien mit linkem Image, wäre bis heute dicht.

Man muss aber schon klarstellen: Es ist das Gegenteil von links, einem autoritären Unterdrückerstaat dabei zu helfen, große Konzerne immer reicher und das *Gros* der Bevölkerung immer ärmer zu machen, Waffen an eine Kriegspartei zu liefern, die Nato zu feiern, Menschen die Existenz zu rauben und sie nach Kriterien wie dem Impfstatus zu selektieren. SPD und Grüne tun genau dies, von der Linkspartei kommt allenfalls verhaltene Kritik. Das ist so wenig links wie das Parteiprogramm von CDU, CSU und AfD.

Die drei letzteren zum Beispiel öffneten jüngst gemeinsam ein altbekanntes Spaltungsfass: Die Faulheitsdebatte, beschäftigte gegen erwerbslose Lohnabhängige. Der Staat, dessen Repressionen die AfD in der Causa Corona so anprangert, solle repressiv ohne Ende gegen Bezieher von Hartz IV, ab Januar genannt »Bürgergeld«, vorgehen: Weiterhin Erpressung durch harte Sanktionen bis in die Obdachlosigkeit, totale Kontrolle über Lebensmittelgutscheine und Arbeitspflicht fürs staatlich festgelegte Existenzminimum.

Derlei Repressionen gegen Erwerbslose schaden den Interessen der meisten Lohnabhängigen. Sie schüren Angst vor Entlassung, dämpfen den Widerstand gegen miese Arbeitsbedingungen, verschärfen die Unterdrückung durch einen autoritären Staat und vervielfachen seine Macht, die Interessen der Monopole durchzusetzen. So gelang es in Deutschland mittels Hartz IV – vom damaligen Kanzler Gerhard Schröder ganz offen formuliert – den größten Niedriglohnsektor Europas aufzubauen. Der Staat zwang die Menschen mit Sanktionen in diesen einfach hinein. Das widerspricht dem *Image* einer »Widerstandspartei«. Darum ist Vorsicht geboten. Der Feind des Feindes der Demokratiebewegung ist nicht automatisch ihr Freund. Die AfD ist keine Alternative im Sinne der Demokratie, sich derlei politischen Interessen anzuschließen. Demokratie setzt sozialen Frieden voraus, der nicht durch Zwang, Repression und Unterdrückung erreichbar ist. Zumal es nicht die Erwerbslosen sind, die auf Kosten der Mehrheit privaten Luxus mehren.

Es wundert gleichwohl nicht, dass die AfD so widersprüchlich agiert. Sie vertritt, genauso wie CDU, CSU und FDP, Teile des mittelständischen und nationalen Unternehmertums, rekrutiert ihre Kader auch aus dem hochbezahlten Beamtenapparat. Der industrielle Mittelstand ist zweifellos bedroht durch die wachsende Macht der Monopole und eine Regierung, die das beschleunigt. Doch die befeuerte soziale Spaltung ist Gift für die Bewegung. Sie grenzt einen nicht unbeachtlichen Teil von ihr aus, verrät dessen Interessen.

WIE DAS REGIME SEINE GEGNER »UMARMTE«

Das ist nicht einfach zu durchschauen. Denn die Regierung *labelt* sich erfolgreich »links«, während sie ultrarechte Realpolitik praktiziert: Sie lässt ihre Kritiker politisch verfolgen, agiert zugunsten verbrecherischer Pharmakonzerne, betreibt weiterhin Asylknäste für nicht straffällige Flüchtlinge, unterstützt ein offen faschistisches Regime in der Ukraine mit Waffen und Geld, verbreitet rassistische Hetze gegen Russen, schürt Inflation und Verarmung und dirigiert ein autoritäres Corona- und Impfregime.

Es ist bizarr, wenn sich die Regierung trotz dieser Taten den Stempel »Antifaschismus« aufdrückt. Doch mit dieser Taktik sind bürgerliche Demokratien schon seit Edward Bernays erfolgreich. Statt sie mit brutaler Gewalt zu unterdrücken, »umarmt« der Apparat seine Widersacher. Das spart jede Menge Geld.

In Deutschland war die SPD von Anfang an dabei. Ihr Konzept der »Sozialpartnerschaft« zwischen Arbeitern und Kapital hat den Widerstand der Gewerkschaften gegen Ausbeutung und Arbeitsunrecht zum zahnlosen Tiger gemacht. Sozialabbau-Orgien wie die »Agenda 2010« nahmen diese nicht nur hin. Sie feilten daran selbst ganz kräftig mit – unter dem Deckmantel der »sozialen Marktwirtschaft«.

Antifaschismus, Umwelt, Frauen- und Homosexuellenrechte: Die aus dem Repertoire linker Forderungen herausgegriffenen *Label* prangen heute am Revers der Regierenden, zurechtgestutzt auf die Agenda der Herrschenden, ihrer einstigen Bedeutung vollkommen entledigt – ein dünner Tarnmantel, alles andere als »links«, aber eine treffliche Strategie, die Gegner politisch zu verwirren. Es ist im Interesse der Unterdrücker und ihrer PR-Politiker, den Protest auf diese Weise geschickt ins tatsächliche Rechtsaußen-Lager zu lenken.

SOZIAL INTEGRATIV UND WIDERSTÄNDIG

Eine Demokratiebewegung muss sich gegen solche Machtspiele wehren. Es wäre ihr perspektivisches Ende, sich genauso vereinnahmen zu lassen, wie Teile der Klimabewegung von den Grünen. Sie muss stattdessen die soziale Frage auf den Tisch bringen. Sie kann sich ihr schon deshalb nicht entziehen, weil sich diese Frage in ihren eigenen Reihen vehement stellt. Nur so wird die Bewegung auch Gruppen erreichen, die in der Hierarchie unten stehen: Niedriglöhner, Erwerbslose, Migranten und so weiter.

Kann die Protestbewegung eine eigene, sozial integrative Kultur entwickeln? Eine Widerstandskultur, die darauf zielt, sich gegenseitig zu stärken, miteinander Spaß zu haben, voneinander zu lernen, vielleicht mit einem Kodex: Keine Kollaboration mit den Tätern – nicht mit dem Staat und seinen Organen, nicht mit den Profiteuren, nicht mit aktiv gegen den Kodex Handelnden – niemals, unter keinen Umständen.

Gemeinsame Werte schaffen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, etwas, worauf man gemeinsam stolz sein kann – das wäre der beste Nährboden für gemeinsamen Widerstand!

»Beim Boostern vom Glauben abgefallen«

INTERVIEW mit Andrea von der Tageszeitung *Taz*

Diesmal treffe ich Andrea. Sie will ihren echten Namen nicht nennen und ihr Gesicht nicht zeigen. Andrea arbeitet in den Mainstreammedien und wirkte 2020 bis 2021 an den Propagandalügen mit. Wir treffen uns in Hellersdorf und gehen in ein Café. Hier, in den verufenen Außenbezirken der Stadt Berlin, muss sie nicht fürchten, jemanden aus ihrem Betrieb zu treffen, der sie mit mir sehen könnte. Außerdem wohnt ihre Partnerin in dem Viertel.



Am 1. August 2020 zogen laut Polizeimeldung am Morgen bereits »mindestens 800.000« Demokraten durch Berlin, zwischenzeitlich über 1,3 Millionen. Auf der Straße des 17. Juni sahen Hunderttausende mit an, wie das Regime am Abend der Bühne den Strom abstellte und die Polizei die Bühne besetzen ließ. RBB-Propagandist Olaf Sundermayer verbreitete die drastisch gefälschte Zahl von »20.000« Demonstranten.
Foto: DW/Anselm Lenz

DW: Frau Kollegin, wärest Du so freundlich, Dich selber vorzustellen?
Andrea: Ich nenne mich für dieses Interview Andrea. Ich arbeite bei der Tageszeitung *Taz* im Verlag, sagen wir, in der Abonnentenverwaltung. Aber ich bin krankgemeldet. Und ich schäme mich. Ja.

DW: Warum schämst Du Dich?
Andrea: Ich mache die Arbeit seit 25 Jahren, wobei ich zweimal vier Jahre in andere Abteilungen gewechselt bin und dann noch fast ein Jahr in Südafrika war. Die ganze Entwicklung der Taz ist seit mindestens zehn Jahren sehr schlecht und seit Corona ist klar, dass wir töten.

DW: Töten – warum das?
Andrea: Wir verbreiten die Propaganda einer tötlichen Agenda, absichtlich, wider besseres Wissen, wider den Pressekodex, gegen alles, wofür die *Taz* einmal gegründet worden ist. Und damit haben wir daran mitgewirkt, dass Menschenleben vernichtet werden. Und das in so großer Zahl, dass ich es nicht mehr ertragen kann. Das Leid ist maßlos. Das kann alles nicht wahr sein.

DW: Wie kam das?
Andrea: Im März 2020 wurden wir auf das *Homeoffice* umgestellt. Da ist erzwungen worden. Das war bei mir nur teilweise möglich, es mussten erst technische Voraussetzungen gemacht werden. In der Redaktion fand keine Diskussion mehr statt, die Zeitung entstand so, als wäre sie vorproduziert worden. Der menschliche Kontakt, der seit Jahren sowieso sehr schlecht ist, fiel dann komplett weg. Wir haben einfach die Great-Reset-Agenda reingedrückt bekommen und sie durchgezogen.

DW: Aber ging es nicht darum, eine weltweite Seuche zu verhindern?
Andrea: Nein. Aber ich hatte irgendwie die Hoffnung, dass mit dem Klimaschutz ernstgemacht wird. Es war stark, überwältigend. Wir waren, glaube ich, wie im Rausch.

DW: Auch Du trugst die Kinderschändermaske?
Andrea: Aber ich trug sie als Teil eines Spiels. Ich bin davon ausgegangen, dass wirbei einen Coup dabei sind. Und an den muss man glauben. Unsere Kinder leiden maßlos.

DW: Wann bekamst Du Zweifel?
Andrea: Ehrlich gesagt, hatte ich von Beginn an Zweifel. Mit mir wurde auch schlecht umgegangen. Es war schon schwer zu ertragen. Aber als die anfingen, wirklich den Leuten die Spritzen reinzudrücken, wurde mir einfach nur noch schlecht. Wobei ich auch da noch daran geglaubt habe, dass das am Ende schon seine Richtigkeit haben kann. Beim ersten *Boostern* bin ich dann völlig vom Glauben abgefallen. Da war auch schon klar, die haben Menschen umgebracht. Die haben getötet. Da ist entweder was schiefgelaufen oder –

DW: Oder?
Andrea: Oder wir sind alle so betrogen worden, dass wir nicht bemerken wollen, dass wir es mit Wahnsinnigen zu tun haben. Das sind Mörder.

Eine Menschengruppe, die glaubt, wir hätten eine Überbevölkerung und es müssten ganz viele von uns ermordet oder unfruchtbar gemacht werden. Am besten wohl fast alle.

DW: William Gates, der PC-Oligarch mit Spritzenfimmel, sagte ja frühzeitig und geradezu lustvoll, dass er die Spritze in die Arme von Kindern »schießen« lassen wolle. »We gonna shoot it right into the arms of children«.
Andrea: Als ich das Video gesehen habe, hat es mir den Atem verschlagen. Wie kann ein Mensch so etwas sagen? Ich sehe auf der Seite nur noch Zombies und Massenmörder. Ich schäme mich. Wobei das gar nicht der richtige Begriff dafür ist.

DW: Und Du ja auch nicht direkte Täterin geworden bist. Oder empfindet Du Dich heute als Täterin?
Andrea: Irgendwas sitzt da schon tief. Ich will jetzt nicht auf die Tränendrüse drücken oder Dir das schenken, dass ich jetzt total zusammenklappe. Aber ich finde es schon grauenhaft, woran wir da alle mitgewirkt haben. Klar, ich kann an meiner Stelle nichts ändern. Aber ich hätte Amok laufen müssen. Konnte ich nicht, kann ich nicht.

DW: Die Ganze Perfidie ist ja auch intelligent gemacht. Es ist wohl nie zuvor gelungen, Hunderte Millionen Menschen gleichzeitig quasi zu hypnotisieren.
Andrea: Es gab ja nur diesen einen Mordfall wegen der Maske in einer Tankstelle. Es ist im Grunde unglaublich, wie ruhig die Menschen geblieben sind. Ich kann das immer noch nicht fassen. Ich komme aus den Hausbesetzungen der Achtziger. Wir haben uns unter Corona alles wegnehmen lassen, auch noch das letzte Bisschen Würde.

DW: Wann hattest Du Dein Coming Out als Querdenkerin?
Andrea: Das hatte ich bis heute nicht, aber seit Anfang 2022 bin ich krankgemeldet. Und ich gehe zu Demonstrationen. Ich bin aber über andere Mittel noch im System drin, ich bekomme noch viel mit. Im Grunde dokumentiere ich nur noch, was bei denen abgeht.

DW: Was meinst Du damit?
Andrea: Im Grunde habe ich als Schläferin gearbeitet. Damit habe ich schon 2021 begonnen, wo klar war, das geht schief, die Menschen sterben an den Impfungen. Da habe ich angefangen. Ich sammele einfach meine Eindrücke, sagen wir es so.

DW: Andrea, wir danken Dir für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

LIEBE WIDERSTÄNDLER,

unsere Politiker argumentieren, demokratisch gewählt worden zu sein. Sie übersehen jedoch großzügig, dass sie nur für die Politik gewählt wurden, mit der sie laut Wahlprogramm angetreten sind. Zum Beispiel Einhaltung des Grundgesetzes, keine Impfpflicht, keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Dafür haben sie das Mandat des Volkes erhalten. Wenn Politiker jetzt genau entgegengesetzte Politik betreiben, haben sie das Mandat verloren. Wir befinden uns daher in einem Staatsstreich ... Gesetze und Verordnungen, die von Politikern ohne Mandat verabschiedet werden, sind somit ungültig und müssen sofort gestoppt werden.
— Ein besorgter Bürger, Berlin/Gethsemanekirche

NIE WIEDER MITMACHEN

Toll, die Energiepauschale! Bei mir wurden die 300 Euro, die ja schon zu 100 Prozent aus Steuermitteln stammen, auf das Bruttogehalt hinzugerechnet und voll versteuert. Übrig blieb circa eine Tankfüllung, die auch nochmal versteuert werden musste. Und dafür soll ich stillhalten?

Letzten Winter habe ich noch aus Angst davor, meinen Arbeitsplatz, meine Eigentumswohnung und meine gesamte wirtschaftliche Existenz zu verlieren, gegen meinen Willen den menschenverachtenden, rechtswidrigen Zwangstest erduldet ... Körperverletzung, ein halbes Jahr lang!

Jetzt habe ich mich entschlossen, nie, nie, nie wieder mitzumachen. Lieber bin ich dazu bereit, einsam und allein im Wald zu verhungern, als jemals wieder irgendwelche Zwangsmaßnahmen, gleich welcher Art, zu akzeptieren. Dank und Gottes Segen an alle, die weiterhin durchhalten. Herzliche Grüße,
— Michael V.

VON PALMERS WEDELN

Betrifft #DW110 vom 29. Oktober, Seite 3, Meldungen: Bitte glorifiziert den (Boris) Palmer nicht (Bürgermeister von Tübingen; red.)! Der hat nicht nur die Streichung von Sozialleistungen, sondern allen Ernstes und schriftlich dokumentiert Beugehaft (!) für »Impfverweigerer« gefordert!
— A.S. aus R.

AUF DEM SCHIRM

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

World Economic Forum – die Weltmacht im Hintergrund

Von Ernst Wolff

Fährt man von Genf aus am Ufer des Genfer Sees in Richtung Norden, erreicht man nach wenigen Kilometern Cologny, eine der schönsten Gemeinden der Westschweiz, Heimat von etwa 5.000 Menschen. Das Ortsbild wird vor allem durch die historischen Fassaden stilvoller Landhäuser geprägt, die sich die Genfer Oberschicht hier seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert hat bauen lassen.

Biegt man auf die parallel zur Uferpromenade verlaufende ein, so sieht man nach wenigen Hundert Metern zur Linken die herrschaftliche Villa Diodati, die unter Anhängern des Horror-Genres als eine Art Wallfahrtsort gilt. In ihren Räumen hat die damals 18-jährige Mary Shelley im Kälte-Sommer 1816 das Manuskript zu ihrem literarischen Welterfolg Frankenstein verfasst.

Fährt man ein kleines Stück weiter geradeaus, gelangt man gegenüber einem Golfplatz zu einem Gebäude, das so gar nicht ins Bild passen will: ein weitläufiger kubistischer Flachdachbau mit riesigen Fensterfronten und terrassenförmig angelegten Etagen, dessen zeitgenössische Architektur gegenüber dem alten Baubestand des Ortes wie eine Provokation wirkt.

Der Stilbruch hat symbolhaften Charakter, denn hier befindet sich seit 1998 das Hauptquartier einer Organisation, die in den vergangenen 50 Jahren eine historisch einmalige Entwicklung durchgemacht und weltweit neue Maßstäbe gesetzt hat. Das World Economic Forum (WEF, Weltwirtschaftsforum), 1971 vom deutschen Professor Klaus Schwab als »European Management Forum« (etwa: europäisches Betriebsführungssforum, red.) gegründet, hat es geschafft, innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Dreh- und Angelpunkte des Weltgeschehens und damit zu einem der bedeutendsten Machtzentren unserer Zeit zu werden. Ob multinationale Konzerne, Regierungen, Gewerkschaften oder NGOs – es gibt in den führenden Industriestaaten und auch in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern kaum eine Organisation von Bedeutung, deren führendes Personal nicht auf irgendeine Weise mit dem WEF verbunden ist. Spitzenpolitiker und Konzernlenker aller Kontinente haben die beiden Kaderschmieden des WEF, die »Global Leaders for Tomorrow« (Globalführer von morgen) und die »Young Global Leaders« (junge Globalführer; red.), durchlaufen, etwa 1.000 Großunternehmen mit Milliardenumsätzen zählen zu seinen internationalen Partnern, mehr als 10.000 ehrgeizige junge Menschen unter 30 werden zurzeit im Rahmen der »Global Shapers« (Globalgestalter) miteinander vernetzt und auf Karrieren im Sinne des WEF vorbereitet.

KEINE BILDERBUCHVERSCHWÖRER, SONDERN OLIGARCHEN

Alljährlicher Höhepunkt der Aktivitäten ist das in Davos im Schweizer Kanton Graubünden stattfindende Jahrestreffen, zu dem in der Regel etwa 2.500 Wirtschaftsführer anreisen, um dort auf Präsidenten, Regierungschefs und Vertreter der ultrareichen Elite zu treffen, sich mit ihnen über aktuelle Themen zu beraten und künftige Strategien abzusprechen und zu koordinieren. Geführt wird die Stiftung bis heute von ihrem Gründer Klaus Schwab, der die Zügel nach wie vor fest in der Hand hält und spätestens seit den 1980er-Jahren als eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte gelten muss.

Wie aber konnte es ein unbekannter deutscher Professor schaffen, sich mit einer Schweizer Stiftung in solch unvorstellbare Höhen zu katapultieren und zu einer der Schlüsselfiguren des Weltgeschehens zu werden? Besitzt Klaus Schwab außergewöhnliche Fähigkeiten, über die andere nicht verfügen, oder waren es besondere historische Umstände, die seinen Aufstieg begünstigt haben, und wenn ja – welche?

DIE ZUKUNFTSVISION DES WEF: AUTORITÄRE REGIMES UND DIGITALE ZENTRALBANKWÄHRUNGEN

Dass China seit Jahrzehnten für das WEF eine entscheidende Rolle spielt, liegt nicht, wie viele glauben, daran, dass das Land aufgrund seines außergewöhnlichen Wirtschaftswachstums neue Maßstäbe gesetzt hat. Es liegt vielmehr daran, dass China trotz des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft die zentralistischen Strukturen aus der Zeit des Maoismus beibehalten hat und dass die chinesische Regierung daher viel autoritärer schalten und walten kann als ihre unter parlamentarischen Bedingungen handelnden Kontrahenten.

Das zeigte sich besonders im Rahmen der Corona-Krise, während der das Regime in Beijing (Peking) mit eiserner Härte vorging und die längsten und schärfsten *Lockdowns* der Welt verfügte. Das zeigt sich aber auch in Bezug auf ein anderes Projekt, das zurzeit weltweit im Hintergrund vorbereitet und vom WEF unterstützt wird – die Einführung digitaler Zentralbankwährungen, das Herzstück des Great Reset.

Allen großen Spielern im Weltfinanzsystem ist klar, dass die durch die weltweiten *Lockdowns* herbeigeführte Wirtschaftskrise und die anschließende Geldschwemme der Zentralbanken das globale Finanzsystem endgültig zerbrochen haben. Da das bereits seit dem am Jahresende 2018 gescheiterten Versuch, das Ruder herumzureißen, abzusehen war, hat man damals angefangen, über ein neues System nachzudenken.

OLIGARCHEN DENKEN ÜBER »NEUES SYSTEM« NACH

Im Zentrum der Überlegungen stand dabei das Problem negativer Zinsen, die zur Aufrechterhaltung des Systems erforderlich wären. Dabei kam man auf die Idee, das klassische Bankwesen abzuschaffen, den Geschäftsbanken die Kreditvergabe aus der Hand zu nehmen und diese ausschließlich in die Hand der Zentralbanken zu legen. Konkret sieht das Projekt so aus: Jeder Bürger und jedes Unternehmen soll nur noch über ein einziges bei der Zentralbank angelegtes Konto verfügen. Das würde dem Staat ermöglichen, die Geldmenge zentral festzulegen, Geldströme zu steuern und zu kontrollieren und Zinssätze je nach Bedarf festzusetzen.

Welche Rolle dem WEF bei der Entwicklung und Einführung digitaler Zentralbankwährungen zukommt, wurde im Januar 2020 bekannt, als es das »Global Consortium for Digital Currency« (Globale Arbeitsgemeinschaft für die Verwaltung digitaler Währungen) ins Leben rief. Dabei handelte es sich um »die erste Initiative, die führende Unternehmen, Finanzinstitute, Regierungsvertreter, technische Experten, Akademiker, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Mitglieder der Gemeinschaften des Forums auf globaler Ebene zusammenbringt«. Die Webseite, der dieser Text entnommen ist, enthält zudem eine Information, die bei seriöser Berichterstattung der *Mainstreammedien* wie eine Bombe hätte einschlagen müssen. Dort heißt es: »Diese Initiative baut auf der Arbeit auf, die das Forum im vergangenen Jahr geleistet hat, indem es eine globale Gemeinschaft von Zentralbanken einberufen hat, um einen politischen Rahmen für die Einführung digitaler Währungen mitzugestalten« (*www.weforum.org/agenda/2020/04/covid-19-universal-basic-income-social-inequality/*).

Hier wird ganz nebenbei erwähnt, dass das WEF mit der Zusammenführung der Zentralbanken de facto die globale Führung bei der Entwicklung eines für die Zukunft der Menschheit wichtigsten Projekte übernommen hat. Aber das ist noch nicht alles. Das große Problem besteht nämlich nicht nur in der Konzeption, sondern vor allem in der Einführung des neuen Geldsystems. Die Bürger würden sehr schnell mitbekommen, dass der Staat nicht nur jede einzelne Transaktion nachverfolgen, sondern ihnen neben individuellen Zins- auch individuelle Steuersätze oder auch Strafzahlungen auferlegen, das Geld an ein Ablaufdatum oder an ein Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild binden oder sie von allen Finanzströmen ganz abschneiden könnte.

Weiterlesen auf Seite 10



»DIE DW-SUPER-ILLU«
Geschaffene Monster wie bei Frankenstein oder nur düstere Vision? G20-Gipfel auf Bali, WEF-Zentrale in Davos und Party am Genfer See.
Illustration: DW/Ute Feuerstacke



MOTOR MITTELSTAND – WIR SIND DIE 99 PROZENT

FÜR ALLES GELD, NUR NICHT FÜR DAS EIGENE VOLK

Was ist das, eine Schande oder schon ein Verbrechen, oder beides. 50 Milliarden Dollar haben die Mineralölkonzerne allein im dritten Quartal an ihre Aktionäre weitergegeben.

Klar, dass diese die Klappe halten und brav die Hände aufhalten. Und diese 50 Milliarden sind nur ein Teil der gewaltigen Umsatz- und Gewinnsteigerungen. Ethik und Moral adé, nicht erst seit gestern.

Twitter entlässt, Amazon entlässt, zu Tausenden, und die Insolvenzen im besten Deutschland aller Zeiten erreichen ebenfalls weitere Rekordhöhen. Und weiter unterhalten sich die Unternehmer über das Versagen dieser unsäglichen grün-linken Politik. Und bei den Wahlen wählen sie immer weiter treu und brav ihre eigenen Entführer und bezahlen brav danach das Lösegeld. Währenddessen schustert unsere Politik ein sinnloses Paket nach dem anderen, untermauert durch existenzbedrohende Gesetze. Bravo, Deutschland!

Wir haben für alles Geld, nur nicht für das eigene Volk. Währenddessen denkt das europäische Ausland, wie gut es doch in Deutschland wäre. Demokratie pur, beste Wirtschaft, Produkte à la »made in Germany«. Aufklärung tut not, dringend.

HETZE GEGEN RUSSLAND

Ein prima Beispiel für die spalterischen Auswirkungen der medialen Hetze gegen Russland ist gut bei Ritter Sport zu sehen. Wichtig ist in Deutschland nicht mehr, was den Fakten und der Wahrheit entspricht, sondern was Herr Melnyk auf Twitter postet, bis Oktober 2022 Botschafter Kiews in der BRD. Quadratisch, praktisch, Blut. Ist das der Weg zum Frieden? Prompt werden jetzt die Gewinne aus dem Russlandgeschäft gespendet, bravo. »Verantwortungsbewusstsein« ist wichtiger als Gewinn. Ich dachte immer, Existenz geht über Gewinn.

Wann endlich sitzen die richtigen Leute diplomatisch am Tisch? So wird das nichts, soll es wohl auch gar nicht.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9 | Weltmacht im Hintergrund | Von Ernst Wolff

TOTALITÄRE GELDKONTROLLE

Im Gegensatz zum autoritären China, wo bis zum Sommer 2022 bereits mehr als 260 Millionen Bürger und Unternehmen ein digitales Zentralbankkonto in Form einer *v* (wörtlich: Geldbörse; red.) akzeptiert hatten, dürfte ein solches Projekt unter parlamentarischen Verhältnissen wohl nur gegen erheblichen sozialen Widerstand durchzusetzen sein. Kein Wunder also, dass im Hintergrund auch hier hektisch nach Lösungen gesucht und mittlerweile ganz offenbar eine vermeintliche Lösung gefunden wurde: das universelle Grundeinkommen. Es sieht vor, dass jeder Bürger – unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage – eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche staatliche finanzielle Zuwendung erhält, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Ein solches Einkommen wird seit Längerem von zahlreichen Sozialverbänden, Religionsgemeinschaften und politischen Kräften der Linken als Hilfe und Unterstützung für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gefordert. Dass der digital-finanzielle Komplex sich diesen Kräften anschließt, hat allerdings nichts mit sozialen Absichten zu tun. Sein inzwischen immer deutlicher werdendes Problem besteht nämlich darin, dass der fortschreitende Abbau von Arbeitsplätzen im Rahmen der vierten industriellen Revolution in unserer konsumgetriebenen Wirtschaft zu einem zunehmenden Rückgang der Nachfrage führt. Genau da kommt in seinen Augen das auf der Grundlage digitalen Zentralbankgeldes ausgegebene universelle Grundeinkommen ins Spiel: Es würde dem Staat ermöglichen, die Nachfrage anzuheizen und sie zudem – zum Beispiel durch die Bindung des Geldes an ein Ablaufdatum – künstlich zu steuern.

Tatsächlich ist das Projekt schlussendlich zum Scheitern verurteilt, denn es würde eine Welle von Preissteigerungen auslösen, die die Regierung nur durch Preiskontrollen stoppen könnte, die wiederum zu einem verminderten Angebot und damit zu wirtschaftlichem und finanziellem Dauerchaos führen würden.

Dass man trotzdem daran festhält, hat einen simplen Grund: Es ist die einzige Möglichkeit, die Herrschaft des digital-finanziellen Komplexes nach dem Zusammenbruch des gegenwärtigen Geldsystems aufrechtzuerhalten – wenn auch nur für eine begrenzte Zeit und unter extrem autoritären Verhältnissen.

Deshalb bemüht sich auch das WEF nach Kräften, der Öffentlichkeit das universelle Grundeinkommen nicht etwa als Zwangsakt zu präsentieren, sondern als eine Art humanitären Akt schmackhaft zu machen. Auf seiner Website schrieb es bereits am 17. April 2020: »Universelles Grundeinkommen ist die Antwort auf die von Covid-19 aufgedeckten Ungleichheiten.« Interessanterweise gibt das WEF im Zuge desselben Artikels zu, dass es um die Probleme weiß: »Die Neinsager – und davon gibt es viele – werden darauf hinweisen, dass das nicht funktionieren wird, weil es sich kein Land leisten kann, regelmäßig Geld an alle Bürger zu verteilen. Sie werden argumentieren, dass wir unhaltbare Defizite haben werden, die nicht finanziert werden können.« Genau das ist der Fall. Das WEF aber argumentiert folgendermaßen weiter: »Dies ist eine berechtigte Sorge. Aber die Alternative – die Auswirkungen von Covid-19 nicht ernsthaft anzugehen – wird zu einem noch stärkeren Anstieg der Ungleichheit führen und die sozialen Spannungen verstärken, was die Regierungen noch mehr kosten würde und die Länder einem erhöhten Risiko gesellschaftlicher Konflikte aussetzen würde.«

Hier wird im Grunde offen zugegeben, dass das Projekt zum Scheitern verurteilt ist, man aber wider alle Vernunft daran festhält – aus Gründen, die austauschbar sind: Es könnte Covid-19, aber ebenso gut der Klimawandel, eine Energiekrise oder ein Krieg sein. Das ist mehr als enthüllend, denn es macht klar, warum die Welt spätestens seit 2020 mit Hilfe des WEF und der von ihm herangezüchteten politischen Kräfte von einer Krise in die nächste geführt wird: Man braucht diese Krisen, um die Einführung des universellen Grundeinkommens voranzutreiben.

Dieser Text ist von Ernst Wolff für den DW aus den Kapiteln 1 und 28 seines neu erschienenen Werkes »World Economic Forum – die Weltmacht im Hintergrund« (Klarsicht Verlag, Hamburg 2022) zusammengestellt worden. Wir danken dem Autor!



Satire auf BRD-Außenministerin Annalena Bärbock bei einer Demonstration. Foto: Georgi Belickin

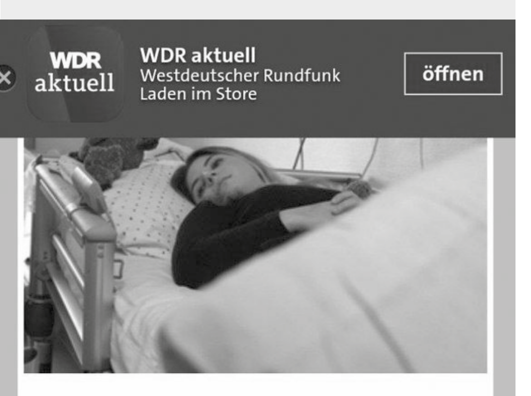
MELDUNG

INFLATION AUF REKORDHOCH

Berlin/DW. Die Teuerungsrate ist in der BRD auf einem 70-Jahre-Rekordhoch. Um 10,4 Prozent sind die Verbraucherpreise laut Statistischem Bundesamt im Oktober gestiegen. Der Brotpreis steig für sich betrachtet sogar um über 20 Prozent an (Lebensmittelteuerung). Öl, Gas, Strom und andere Energieträger stiegen um 43 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. (ale)

CHINA STEHT AUF

Schanghai/DW. Auch die Chinesen haben die »Faxen dicke« vom Corona-Regime. In den Metropolregionen Guangdong und Guangzu kommt es seit mehreren Tagen zu Aufständen gegen Niederschlüsse (»Lockdowns«). Im Zuge der gewalttätigen und entschlossenen Aufstände des Volkes wurden mehrere Absperrungen der Isolationszonen sowie Testbuden und Zentren der genozidalen Injektionen zerstört. Mehrere Videos vom 14. und 15. November bezeugen die Aufstände und deren Ziele. Weitere Informationen sind redaktionell derzeit schwierig zu beschaffen. In einigen Metropolregionen Chinas wird das Corona-Regime mit einer Brutalität vollstreckt, wie zuvor nur in Australien und der BRD (#DW berichtete). (ale)


WDR aktuell
WDR aktuell
Westdeutscher Rundfunk
Laden im Store
öffnen

Schwerkrank nach Corona-Impfung

Stand: 17.11.2022, 11:29 Uhr

Als sich Selin Islami aus Solingen gegen Corona impfen lässt, fühlt sie sich kerngesund. Heute sitzt sie im Rollstuhl. Nun wird überprüft, ob sie durch die Impfungen erkrankt ist.

Von Petra Dierks

Kurz nach der Impfung hat die 17-Jährige Beschwerden, die von

PROPAGANDA-TV KOMMT NICHT MEHR AM GENOZID VORBEI

Berlin/DW. Die ungeheuerlichen Massen an Impfgeschädigten und Impftoten führen dazu, dass sich in den Medienkonzernen die erzwungene Gleichschaltung kaum noch aufrecht erhalten lässt. Immer mehr sogenannte Mainstream-Medien berichten über die grauenhaften Folgen der Injektionen, meist reduziert auf Einzelschicksale. Zuletzt etwa der TV-Sender WDR mit der Reportage »Impfschäden nach Corona« (www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/impfschaden-nach-corona-100.html). Auch MDR, RBB, Österreichisches und Schweizer Fernsehen sowie weitere Medien haben bereits »Löcher« im Propagandaprogramm aufgewiesen (#DW berichtete). (ale)



US-ATOMWAFFEN: »VERSTOSS GEGEN SPERRVERTRAG«
Moskau/DW. Nachdem die USA zuletzt ungefragt weitere Atomwaffen ins US-besetzte Kontinentaleuropa, darunter an den BRD-Besatzungsposten Büchel, sowie nach Australien verlegten, mehren sich die empörten Stimmen. Weitere US-Atombomben sollen im Dezember folgen. Die Stationierung dieser Atomwaffen durch die USA in Europa ist ein Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag. Das machte ein Sprecher des russischen Föderationsrates, Konstantin Kossatschow, in einer Stellungnahme im Internet am 12. November klar: »Für Atomwaffen gilt ein völkerrechtliches Nichtverbreitungssystem nach dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968. 191 Staaten gehören diesem Abkommen an.« Die wankende Weltmacht USA würde »in aller Eile modernisierte taktische B6112-Atombomben nach Europa« bringen. »Ihre Lieferung und Installation auf Nato-Stützpunkten in Europa ist für Dezember diesen Jahres geplant«, so der russische Senator. (Foto: Pressestelle RFR; ale)

Rückzug von Cherson

BERICHT von Felix Feist

Am Mittwoch den 9. November kündigte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu den Teilrückzug russischer Truppen vom rechten Ufer des Dnjeper in der Stadt Cherson an.

Schoigu folgte damit einer Empfehlung des Befehlshabers der kombinierten Gruppe russischer Truppen in der Ukraine, Sergei Surowiki, Rückzug aus der Stadt und Verteidigung des linken Ufers des Flusses zu organisieren. Schoigu erklärte: »Ich verstehe, dass dies eine sehr schwierige Entscheidung ist. Gleichzeitig, und das ist am wichtigsten, werden wir das Leben unserer Truppen und die allgemeine Kampfkraft der Truppengruppierung retten, denn es ist sinnlos, sie auf dem rechten Ufer in dem begrenzten Gebiet zu halten.«

Was im Westen Schadenfreude hervorrief und als erkennbare Schwäche der russischen Armee ausgelegt wurde, folgt einer militärstrategischen Logik. Denn das rechte Ufer des Flusses ist nur schwer zu verteidigen. Eine Überquerung des Flusses ist grundsätzlich nur an zwei Stellen möglich, einmal über die Antonow-Brücke und einmal über den Staudamm des Wasserkraftwerkes Kachowka. Beide Übergänge sind jedoch durch Beschuss seitens der Ukraine so stark beschädigt, dass sie nicht mehr benutzbar sind.
Zuletzt war eine Überquerung des breiten Flusses lediglich über eine Fährverbindung möglich. Daher kann die Versorgung und der Nachschub für die russischen Soldaten auf der rechten Seite nicht gewährleistet werden, was im Falle einer Offensive der Ukraine die Verteidigungsfähigkeit einschränken und damit die Opferzahl in die Höhe treiben würde.

WAS GESCHIEHT MIT DEN ZIVILISTEN?

Auch besteht die Gefahr eines Bruches des Kachowka-Staudamms durch weiteren Beschuss. In diesem Falle würden große Teile Chersons überflutet. Ob darüber hinaus noch andere Gründe vorliegen, die russische Armee tatsächlich doch erheblicher schwächelt, ist damit jedoch noch nicht ausgeschlossen. Insgesamt sind in der Region schätzungsweise 25.000 russische Soldaten stationiert, weitere 300.000 sollen auf dem Weg dorthin sein. Die Ukraine soll für ihre Gegenoffensive 40.000 bis 60.000 Soldaten zusammengezogen haben. Seit Mitte Oktober war bereits die Zivilbevölkerung der Stadt evakuiert worden. Bis zum 8. November haben 115.000 Menschen das Gebiet verlassen. Dennoch befanden sich nach Abschluss des Rückzuges am 11. November laut Aussagen des russischen Verteidigungsministeriums noch 80.000 bis 100.000 Zivilisten in der Stadt. Viele hatten die beginnende Evakuierung nicht mitbekommen, da tagelang der Strom ausgefallen war. Am Freitag den 11. November kamen Meldungen auf, dass die Antonow-Brücke in der Mitte gesprengt worden sei. Wenig später gab das Verteidigungsministerium den Abschluss des Rückzugs bekannt. Noch am selben Tag rückte die ukrainische Armee in Cherson ein und hisste an mehreren Stellen die ukrainische Flagge. Berichten zufolge kündigte die ukrainische Seite an, »Kollaborateure« aufzuspüren und zu töten. In der jüngeren Vergangenheit waren damit wahllose Tötungen von Zivilisten begründet worden.

ANNAHME RUSSISCHER HILFSGÜTER GILT ALS VERRAT

Als »Kollaborateur« gelten beispielsweise Lehrer oder Beamte, die unter russischer Herrschaft ihre Arbeit weiter ausgeführt hatten. Auch die Annahme russischer Hilfsgüter gilt als Verrat und wird entsprechend bestraft. Damit steht jeder Einwohner der Stadt, der nicht vor der russischen Armee geflohen ist, unter Verdacht. So gab es Berichte, dass Zivilisten, die auf die Fähre über den Dnjepr warteten, von den einrückenden Ukrainern erschossen worden sein sollen.

Im Gegensatz zu Charkow, aus dem die russische Armee sich vor einigen Wochen zurückziehen musste, betrachtet Moskau Cherson seit den Volksabstimmungen im September als Teil des eigenen Staatsgebietes der Russischen Föderation. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić hatte zuvor die sich ankündigende Schlacht um Cherson mit der Schlacht um Stalingrad verglichen, die im zweiten Weltkrieg die Erfolge der deutschen Wehrmacht beendete und die Niederlage Deutschlands einläutete.

Die Schlacht blieb indes aus, da die russische Seite sich beschloss, sich zurückzuziehen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg schätzte den Rückzug so ein, dass Russland »unter starkem Druck« stehe und bezeichnete ihn als einen Sieg für die Ukraine.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

US-Wahl angezweifelt

Nach über einer Woche sind die Auszählungen der US-Midtermwahl weitgehend abgeschlossen. Die Republikaner konnten die Mehrheit im Repräsentantenhaus erlangen, im Senat scheint ein Patt mit Vorteil Demokraten festzustehen. | BERICHT von Felix Feistel

Im Senat hingegen behalten die Demokraten 50 von 100 Sitzen. Damit bleibt US-Vizepräsidentin Kamala Harris (Demokraten) Präsidentin des Oberhauses, was bedeutet, dass sie bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt. Die Demokraten haben somit eine knappe Stimmmehrheit im Senat. Das Ergebnis hatte sich insgesamt zuvor schon abgezeichnet, verfestigt sich aber nun mit dem Abschluss der Auszählungen in den sogenannten Swing-States Arizona, Nevada und Pennsylvania, welche alle an die Demokraten gehen.

Jedoch kam es in Arizona zu Kritik an der Wahl vom 8. November. Es gibt Hinweise darauf, dass viele Stimmen gar nicht gezählt worden sind. Dies teilte die Kandidatin Kari Lake auf Twitter mit. Dabei seien die Stimmen entweder gelöscht, oder aber keine Stimmabgabe von registrierten Wählern festgehalten worden. Über eine *Website* können Wähler den Stand ihrer Stimmabgabe einsehen. In vielen Kommentaren beschweren sich Wähler, dass ihre Stimme in den offiziellen Angaben nicht enthalten sei. Auch berichten einige, dass ihre Stimmen schon bei der Wahl von den Wahlautomaten nicht akzeptiert wurden und sie daher mehrmals wählen mussten. Schon am Tag der Wahl hatte es Berichte von fehlerhaften Wahlautomaten gegeben. Ganze Wahllokale waren aus diesem Grund zudem offenbar überfüllt, sodass Wähler an andere Wahllokale verwiesen wurden, die sie aber abwiesen. So gibt es nach wie vor Vorwürfe von Wahlbetrug, zu denen auch Donald Trump über sein Netzwerk *Truth Social* beigetragen hat. Über dieses rief er zu Protesten gegen das Ergebnis der Wahl auf. Auch Newt Gingrich, jahrelanger Sprecher des Repräsentantenhauses, sieht Ungereimtheiten. Demnach haben die Republikaner insgesamt mehr als 5 Millionen Stimmen gegenüber der letzten Wahl im Jahr 2020 zugelegt und trotzdem viele Rennen verloren, wie die *Epoch Times* berichtete.

MELDUNG

NEUER KREFELDER APPELL WIRD EIN JAHR

Berlin/DW. Der von Mitgliedern der Kampagne »Nato raus – raus aus der Nato« entwickelte »Neue Krefelder Appell – Den Kriegstreibern in den Arm fallen« feierte Geburtstag. Am 16. November 2022 wurde er ein Jahr alt (PeaceAppeal21.de). Die Gründer erklärten in einer Pressemitteilung: »Die Medien-Resonanz auf den Appell ist außerordentlich. Er ist Thema in einer großen Zahl von Publikationen. Darunter ist viel Zustimmung. Aber er wird auch mit erstaunlicher Energie bekämpft.« Weiter heißt es: »Die Holocaust-Überlebende Vera Sharav hat es am 20. August 2022 am 75. Jahrestag des Nürnberger Kodex extrem zugespitzt formuliert: ›Diesmal droht uns ein Völkermord von weltumspannendem Ausmaß. Diesmal ist es nicht Zyklon B-Gas, sondern sind es gentechnisch hergestellte injizierbare Biowaffen, die man als Impfstoffe getarnt hat.‹ Es ist nicht nur so, dass die Impfung genannte Injektion zu einer großen Zahl gravierender Nebenwirkungen bis hin zum Tod führt, es entwickelt sich eine erschreckende Kindersterblichkeit und es kommt zu einer ungewöhnlich großen Zahl von Fehlgeburten und Fortpflanzungsorgan-Erkrankungen.

Die von Vera Sharav benannten Entvölkerungsabsichten der Eugenik-Strategen scheinen bereits Realität zu werden. Die ›Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie‹ kommentieren: ›Die schockierenden Fakten liegen auf dem Tisch. Keiner kann heute mehr sagen, er habe es nicht gewusst.‹ Deshalb wird die Forderung, eine Politik herbeizuführen, ›die sich verweigert, unter dem Deckmantel der Pandemie-Bekämpfung Milliarden Menschenleben zu gefährden‹, immer bedeutsamer.« (ale)

TRUMP KANDIDIERT

Washington/DW. Der vormalige US-Präsident Donald Trump hat am 16. November seine Kandidatur zur kommenden Präsidentschaft angekündigt. Es gilt als relativ wahrscheinlich, dass er sich beim Wahlverfahren in seiner eigenen Partei durchsetzen wird und damit zur Wahl 2024 antritt. Der unter einander widerstreitenden Kapitalfraktionen, die in den USA faktisch regieren, umstrittene Trump hatte unter dubiosen Umständen bei der US-Wahl vom November 2020 das Amt nach wochenlangen Auszählungen verloren. Als inaugurierter Präsident amtiert derzeit Joseph Biden. (ale)

OKTOBER 2022: 19 PROZENT MEHR TOTE IN DER BRD

Berlin/DW. Kurz vor Redaktionsschluss erreicht uns die offizielle Meldung des Statistischen Bundesamtes. Demnach sind im Oktober 2022 die Todesfälle in der BRD drastisch angestiegen – und zwar um 19 Prozent im Vergleich zu dem mittleren Wert der Vorjahre. Dies geht aus der Pressemitteilung Nr. 480 der Wiesbadener Behörde hervor. Die drastisch gestiegene Anzahl an Todesfällen liegt an den Folgen der sogenannten »Impfung«. Die Gefahren der Substanzen sind von Beginn an bekannt – und sogar noch vor dem Beginn der Injektionen, vergleiche #DW1 bis #DW111. (ale)

»Für die Unbeseelten wird es am Ende nicht gut ausgehen!«



In »Gute Zeiten, schlechte Z… einen Macker. Im wahren … Mustafa Alin (45). Er durch… vom ersten Tag an und wid… Er landete im Knast! Nach se… Polen und Mexiko nach Kolu… Heimatland kämpfen und is… Reset zuversichtlich. | INTERV

DW: Herr Alin, bitte stellen Sie sich einmal selbst vor.
Mustafa Alin: Ich war einige Jahre Schauspieler, habe von 2011 bis 2017 in der RTL-Serie »Gute Zeiten, schlechte Zeiten« mitgespielt, wirkte danach auch in anderen TV-Produktionen wie zum Beispiel in »Notruf Hafenkante« und »SOKO Köln« mit. 2018 habe ich in meiner Heimatstadt Hannover zwischenzeitlich eine Shisha-Bar betrieben. Mitte 2020 eröffnete ich in Wunstorf bei Hannover den Döner- und Pizza-Imbiss »Que-Baba«, den ich Anfang 2021 abgegeben habe.

DW: Sie gehören zu denjenigen, die der Politik von Beginn der Plandemie an nicht geglaubt haben. Woher kam Ihr Misstrauen?
M.A.: Als es mit dem Coronavirus losging, weilte ich im Thailand-Urlaub. Wir wissen alle: 2009 hatten sie es schon einmal versucht. Ich musste sofort an die Schweinegrippe denken, herzhaft lachen und dachte nur: »Wollen die uns wieder verarschen? Das wird denen doch niemand glauben.« Doch jetzt, fast drei Jahre später, geht die Märchenerzählung trotz eines schlechten Drehbuchs noch immer weiter. Für mich war vom ersten Tag an klar: Auch wenn mein Ruf darunter leiden wird, spiele ich da nicht mit. Ansonsten hätte ich auch bei »GZSZ« bleiben können (lacht).

DW: Da haben Sie mit Mesut Yildiz einen liebenswerten Macho verkörpert. Die Figur war bei den Fernsehzuschauern sehr beliebt…
M.A.: Ich wurde noch Jahre später von Leuten auf Mesut angesprochen. Die Rolle war sehr klischeebehaftet. Weil sie so gut ankam, dachte ich, ich knüpfe daran an und eröffne eine Shisha-Bar beziehungsweise später dann einen Döner-Imbiss.

DW: Stimmt es, dass in Ihrem Döner-Lokal Bedürftige kostenlos essen konnten?
M.A.: Ja, das war sogar der Hauptgrund für mich, den Imbiss zu eröffnete. Ich bin eben ein ganz Böser (lacht). Nach Feierabend habe ich oft am Hauptbahnhof Hannover Essen an Obdachlose verteilt. Ich hatte sehr viel Arbeit in mein Lokal gesteckt. Es lief ganz gut, doch mit fortschreitender Plandemie änderte sich das.

DW: Inwiefern?
M.A.: Weil ich mit meiner Meinung nicht hinterm Berg hielt, machte eine regionale Facebook-Gruppe mit über 1.000 *Followern* im Netz Stimmung gegen mich. Zudem wurde ich zur Zielscheibe der Medien. Die Folge: Viele Leute bekämpften und beschimpften mich. Einmal ging ein altes Pärchen – beide waren vermutlich um die 90 Jahre – an meinem Laden vorbei. Er zeigte auf mich und sagte: »Guck mal, da ist der Coronaleugner.« Da war mir klar: Hier muss ich niemandem helfen. Soll sich nur niemand beschweren, wenn die Menschen demnächst in Schlangen vor Suppenküchen anstehen, weil sie sich kein warmes Essen mehr leisten können. Endgültig gerissen ist mein Geduldsfaden, als Polizei und Ordnungsamt anfingen, regelmäßig meinen Laden zu stürmen. Ich wurde systematisch vertrieben.

DW: Warum wurde Ihr Lokal gestürmt?
M.A.: Vielleicht hat einigen Leuten mein Essen nicht geschmeckt. Im Ernst: Im ach so demokratischen Deutschland sind derartige Vorgänge doch längst normal. Ich war laut, habe versucht, die Leute über die Plandemie aufzuklären. Nur deshalb hatten sie es auf mich abgesehen. Sie suchten nach Gründen, um mir das Leben schwerzumachen. Mehrfach ging es um Maskenverstöße.

DW: Sie sollen Zollbeamte, die Ihr Restaurant überprüfen wollten, beleidigt und den Vorfall *live* auf Instagram übertragen haben. Was wollte der Zoll von Ihnen?
M.A.: Die haben mit sechs bewaffneten Söldnern mein Lokal gestürmt. Über die Gründe kann ich nur spekulieren: Vielleicht sahen sie in mir den Anführer der Döner-Mafia (lacht). Ich vermute, sie waren auf Drogen aus. Gefunden haben sie natürlich nichts.

DW: Im November 2020 weigerten Sie sich in einem Baumarkt gegenüber einer Mitarbeiterin, den Mund-Nasen-Schutz aufzusetzen, haben sie ohne ihr Einverständnis gefilmt und das Video auf Instagram veröffentlicht. Zudem sollen Sie gegenüber dem Marktleiter eine Todesdrohung geäußert haben. Stimmt das?
M.A.: In Wahrheit war er es, der Grenzen überschritten hat. Es ist traurig, dass er das leugnet. Er stellte sich mir in den Weg und kam mir bedrohlich nahe. Dafür gab es einen Zeugen. Ich vermute, er wollte Macht demonstrieren und seinen Mitarbeitern zeigen, was für ein toller Hecht er ist. Ich habe Respekt von ihm eingefordert und vorgeschlagen, dass wir die Angelegenheit draußen wie Männer regeln können. Daraufhin rief er die Polizei.

DW: Ende November 2020 haben Sie sich mit einer vorgetäuschten Verletzung in die Paracelsus-Klinik Hannover begeben, dort heimlich gefilmt, um zu zeigen, dass die Klinik nicht überbelegt sei, und später das Video auf Instagram gepostet. Die Folge: Es wurden gleich zwei weitere Ermittlungsverfahren gegen Sie eingeleitet.

Hat sich der Videodreh für Sie dennoch gelohnt?
M.A.: Auf jeden Fall. Ich bereue nichts. Ich konnte beweisen: Das Krankenhaus war trotz angeblicher Pandemie nahezu leer.

DW: Am 23. September 2021 sollten die Vorfälle in dem Baumarkt und bezüglich der Zollbeamten in einem Prozess beim Amtsgericht Hannover geklärt werden, doch Sie blieben der Verhandlung unentschuldigt fern, weshalb ein Haftbefehl gegen Sie erlassen wurde. Mitte Oktober 2021 wurden Sie schließlich festgenommen und landeten in der Justizvollzugsanstalt Hannover in Untersuchungshaft. Wie war das für Sie?
M.A.: Es war das erste Mal, dass ich einen Knast von innen sah. Mein erster Gedanke war: »Jetzt sitze ich in der Scheiße! Der Teufel hat mich.« Mir war die Situation äußerst unangenehm – auch gegenüber meiner Familie und der kurdisch-jesidischen Gemeinschaft, in der ich lebe. Aber ich habe versucht, die Zeit auszuhalten. Mir blieb ja nichts anders übrig. Aber eine ernsthafte Sorge begleitete mich in diesen rund zwei Wochen täglich.

DW: Was meinen Sie?
M.A.: Ich hatte große Angst davor, dass sie mich im Knast einer Zwangsimpfung unterziehen. Soweit kam es zum Glück nicht. Aber ich wurde jeden Tag gefragt, ob ich einen Corona-Test machen wolle. Ich habe stets verneint und gesagt: »Ich bin klug genug, um zu wissen, dass ich gesund bin.« Dann kamen sie mit einem Lungentest um die Ecke, den habe ich ebenfalls verweigert. Ich war zwei Wochen in Quarantäne, saß also isoliert von den anderen Häftlingen in einer Einzelzelle. Das war wirklich nicht angenehm.

DW: Hatten Sie als bekannter Schauspieler Vorteile im Gefängnis?
M.A.: Einige der Wächter kannten mich und waren wohl »GZSZ«-Fans. Hie und da steckten sie mir mal eine Zigarette zu. Wie heißt es so schön: Sie machen auch nur ihren Job. Aber genau das ist das Problem: Sie sind Menschen ohne Rückgrat, Mitläufer eben.

DW: Es handelte sich um eine sogenannte Hauptverhandlungshaft, die dazu diente, die Durchführung der Hauptverhandlung sicherzustellen. In dieser wurden Sie am 28. Oktober 2021 wegen Beleidigung und Bedrohung zu einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu je 60 Euro, was einem Gesamtbetrag von 10.800 Euro entspricht, verurteilt. Haben Sie die Strafe bezahlt?
M.A.: Nein, mein Anwalt hat Revision eingelegt. Zur Berufungsverhandlung Ende März



eiten« spielte er einen Proll, Leben steckt viel mehr in schaute das Corona-Regime ersetzte sich ihm. Die Folge: einer Freilassung floh er über mbien. Doch er will für sein t im Kampf gegen den Great

VIEW von Klaus Müller

bin ich allerdings nicht erschienen. Das Einzige, das für mich zählte: Ich war endlich wieder auf freiem Fuß. Aber es liefen auch noch andere Verfahren gegen mich. Und die Behörden ließen mir keine Ruhe mehr. Ich wurde mit Briefen bombardiert und erfuhr, dass die Polizei mehrfach vor meiner Wohnung auftauchte. Da ich mir dieser Gefahr bewusst war, konnten sie mich dort nie antreffen. Wenige Wochen später lauerten sie mir allerdings woanders auf.

DW: Erzählen Sie bitte!
M.A.: Ich war mit Freunden beim Boxtraining. Als wir aus dem *Gym* kamen, sahen wir ein Polizeiauto, in dem mehrere Beamte saßen. Ich schickte einen Kumpel zu meinem Wagen, beobachtete das Geschehen aus sicherer Entfernung. Als er das Auto erreicht hatte, folgte der Zugriff der Polizei. Sie nahmen ihn fest, weil sie nicht auf Anhieb erkannten, dass sie den Falschen geschnappt hatten. Ich habe mich schnell aus dem Staub gemacht. Im April dieses Jahres gab es einen weiteren Vorfall.

DW: Was ist passiert?
M.A.: Ich war in Berlin mit einem Roller unterwegs, wollte mir einen schönen Tag machen, als ich vor mir auf dem Ku'damm plötzlich eine Straßenkontrolle erblickte. Ich bin vor Schreck fast vom Roller gefallen, dachte nur: »Scheiße! Was mache ich jetzt bloß?« Umkehren konnte ich nicht mehr. Also beschloss ich, eine Rolle zu spielen. Nachdem ich angehalten wurde und ein Polizist um meinen Ausweis bat, tat ich so, als würde ich ihn nicht verstehen: »No understand. Ich Italiano.«

DW: Wie ging es weiter?
M.A.: Ich war voll in meiner Rolle und spielte sie echt gut. Aber der Polizist holte einen Kollegen, der nicht nur Englisch sondern dummerweise auch Italienisch sprach. Noch dazu erkannte mich einer der Beamten, obwohl ich schon seit fünf Jahren nicht mehr bei »GZSZ« zu sehen war. Ich war aufgeflogen, steckte nun richtig in der Klemme und suchte nach einem Ausweg.

DW: Was haben Sie gemacht?
M.A.: Ohne lange zu überlegen, bin ich abgehauen – einfach durch die Mitte an den Söldnern vorbei. Ich rannte so schnell ich konnte und ehe ich mich versah, stand ich plötzlich im Zoo. Dafür gab es später eine Anzeige wegen Erschleichen von Leistungen. Ich war völlig außer Puste, wähnte mich schon in Sicherheit, als auf einmal eine Hand von hinten auf meine Schulter packte. Auf der Wache wurde mir unter Gewaltandrohung Blut abgenommen und ich landete in einer Zelle. Man erklärte mir, dass ich ein paar offene Delikte hätte. Ich trug über 4.000 Euro Bargeld bei mir. Das kassierten sie ein, dafür ließen sie mich laufen.

DW: Wie ging es weiter? Ihre Tage in Deutschland waren offenbar gezählt …
M.A.: Ich habe zwischenzeitlich bereits in Polen gelebt. Nachdem ich mich dort auch nicht mehr sicher fühlte, bin ich schließlich nach Mexiko geflogen. Dort wartete eine Bekannte aus der Widerstandsbewegung auf mich. Nach einigen Monaten zog ich weiter nach Kolumbien, wo ich mich bis heute aufhalte.

DW: Wie ergeht es Ihnen dort?
M.A.: Ich habe mich gut eingelebt. Kolumbien ist ein armes Land. Die Gesellschaft ist ähnlich stark manipuliert wie in Deutschland. Ich leiste soziale Freiwilligenarbeit, helfe mit eigenen finanziellen Mitteln, indem ich zum Beispiel Lebensmittel einkaufe und an Obdachlose verteile. Für eine Stiftung habe ich Kinder, deren Mütter Opfer von sexuellem Missbrauch geworden sind, betreut und ihnen Boxtraining gegeben. Das hat mir riesigen Spaß bereitet. Was man von den *Kids* zurückbekommt, ist pure Liebe und ganz viel Dankbarkeit. Für mich sind es wertvolle Erfahrungen, die ich nun auch in meine eigene Stiftung einbringe: »Indigo-Kinder« widmet sich bedürftigen Minderjährigen in Südamerika. Aber ich werde nicht ewig hierbleiben. Ich möchte was von der Welt sehen.

DW: Eine Rückkehr nach Deutschland planen Sie nicht?
M.A.: Da ist es mir gerade zu kalt. Leider ist es nicht mehr das Land, das es mal war, es wird Stück für Stück zerstört. Aber ich fühle mich als Deutscher, werde deshalb sicher irgendwann zurückkehren, vorher meine offenen Rechnungen begleichen. Es geht mir nicht ums Geld. Ich will für mein Land kämpfen.

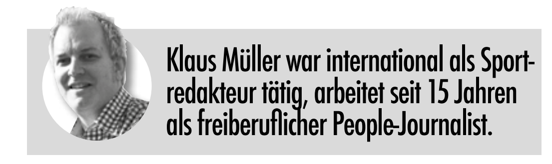
DW: Wie waren die vergangenen zwei, drei Jahre rückblickend für Sie?
M.A.: Ich habe für die Wahrheit viel erdulden müssen. Freundschaften gingen in die Brüche. Selbst innerhalb meiner Familie wurde ich ausgelacht für meine Theorien, die sich längst bewahrheitet haben. Ich war ständig auf der Flucht, konnte deshalb nicht bei der Hochzeit meines Bruders dabei sein. Ich habe keine Heimat mehr. Jetzt weiß ich aus eigener Erfahrung, wie sich schon meine Vorfahren der Kurden und Jesiden gefühlt haben müssen. Das schmerzt.

DW: Sie sagten eingangs, Sie waren Schauspieler. Warum?
M.A.: Die Filmwelt interessiert mich nicht mehr. Sie dient nur dem Zweck, die Menschheit zu verblöden.

DW: Haben Sie noch Kontakt zu früheren Schauspielkollegen?
M.A.: Nein. Ich habe im April zufällig zwei Ex-»GZSZ«-Kollegen getroffen: Beide geimpft! Und von dem, was gerade vor unser aller Augen passiert, wollten sie nichts wissen. Ich hatte geglaubt, Künstler sind aufgeweckt, tiefgründig, kritisch und auf der Suche nach Antworten. Leider ist das aber nur bei wenigen der Fall. Und selbst die Aufgewachten haben Angst davor, die eigene Komfortzone zu verlassen. Sie fürchten um ihren Ruf und ihr Vermögen. Aber wenn es so weitergeht, verlieren wir bald eh alles.

DW: Laut der Agenda vom Great Reset werden wir 2030 nichts mehr besitzen, aber glücklich sein. Wird es tatsächlich so weit kommen?
M.A.: So blöd ist die Menschheit auch wieder nicht. Auch diejenigen, die jetzt noch schlafen, werden irgendwann aufwachen und merken, dass sie vergiftet wurden. Die Wahrheit siegt am Ende immer. Wir erleben bald ein neues Zeitalter, befinden uns gerade in der biblischen Endzeit. Das Böse bekämpft das Gute. Ob Transhumanismus, Digitalisierung, Pharma- und Klimadiktatur oder Genderwahn: Die wollen willenlose Sklaven aus uns machen. Alles Göttliche soll zerstört werden – unsere Freiheit, unsere traditionellen Werte, unsere Kultur. Aber es wird ihnen nicht gelingen. Für die Unbeseelten wird es am Ende nicht gut ausgehen.

DW: Herr Alin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.


Klaus Müller war international als Sportredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von Big Tech unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihr Geld sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen, freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

ADIEU, EUROPA

TITEL | *Unsere »Eliten« haben alles vergeigt, was nur vergeigt werden kann. Kann uns nur noch Russland retten? Bericht und Einschätzung von Anselm Lenz*

Mein Gott. Als im März der illegale Ausnahmezustand ausgerufen wurde, habe ich es gewusst. Der US-Finanzkapitalismus ist pleite und will uns mit in den Abgrund reißen. Rätsel gibt auf, warum unsere »Eliten« sich zu immer weiteren Verbrechen hinreißen lassen.

Sie haben alle europäischen Werte über Bord geworfen, die Merkels, Spahns, Söders, Bärbocks, Habecks dieser Welt. Und das für die wahnhafte Agenda einer Endzeitsekte unter Führung von William Gates, PC-Oligarch und Eugenik-Freak bereits in der Vergangenheit, Ursula von der Leyen, vor dem Wechsel an die »Spitze Europas« (es ist lediglich das Brüsseler Monstrum EU, nicht unser Kontinent) tief verstrickt in eine Schmiergeldaffäre bei der Bundeswehr, und Klaus Schwab, dem Dr.-No-haften selbsternannten Weltretter vom Großkapitaltreff WEF (siehe Bericht von Ernst Wolff ab Seite 9 dieser Ausgabe). Um nur einige Wenige zu nennen und Tausende weitere führend verantwortliche Täter nicht. Wir haben das mit der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand von Beginn auf aufgeklärt und ab 17. April 2020 so weit verbreitet, dass niemand sagen kann, er habe von nichts gewusst, nichts wissen können, es sei ja alles völlig im Dunkeln gewesen und Informationen schwer beschaffbar.

Das Statistikamt der BRD meldete nun für den Oktober eine um 19 Prozent gestiegene Sterberate im Vergleich zum Durchschnitt der Vorjahre. Es ist spätestens ab jetzt nicht mehr zu leugnen, dass die Menschen an den Injektionen verrecken. Der Aufklärer und Biologe Markus Fiedler sowie viele weitere Experten haben in dieser Zeitung dargelegt, wie grauenhaft schädlich diese Injektionen sind. Dass sie direkt schädigen können, kurzfristig unfruchtbar machen können und langfristig zu einer vermehrten Produktion von sogenannten Spike-Proteinen führen, die das Immunsystem völlig zerstören. Auf uns rollt demnach eine unvorstellbare Sterbewelle zu, die zombiehafte Auswirkungen, völlig verzweifelte, dem Tode geweihte Menschen in den Straßen und entvölkerte Städte nach sich ziehen kann. Und dabei geht es wohlgemerkt um die in den USA und Europa eingesetzten MRNA-Stoffe, die genverändernd wirken. Nicht um die auf üblicher Basis hergestellten (gleichwohl aus medizinischer Sicht wohl ebenso überflüssigen) Impfstoffe Russlands und Chinas. Offenbar haben unsere »Eliten« beschlossen, gezielt die europäisch geprägte Arbeiterschaft und Mittelstand auszulöschen, die sich über die Jahrhunderte ein Selbstbewusstsein gegenüber den »Eliten« angeeignet hatten, Stände und Gewerkschaften gegründet haben und den Feudalismus überwanden – durch Aufklärung!

DIE NEUEN FEUDALHERRINNEN

Die globalistischen Fanatiker wollen nicht weniger als alles. Selbstverständlich soll das alles nur zum Besten irgendwelcher abstrakter höherer Werte sein. Wer womöglich sieben der acht Milliarden Menschen totspritzen will, wie Gates es unter anderem im Propagandaformat Tagesschau im April 2020 ankündigte, nimmt schnell mal den ganzen Planeten als Kategorie seiner »guten« Taten her. Der drastischste Fall von Ich-Welt-Störung setzt wohl die eigene Ambition mit dem ganzen Erdenrund gleich. Man will Gott sein.

Seit 28. März 2020 entwickelte sich in Deutschland die größte demokratische Erhebung aus dem Volk, die es jemals in den Jahrhunderten der Geschichte gegeben hat und auch heute weiter wächst (siehe Seite 6 dieser Ausgabe). Der einzige messbare Effekt ist bis dato aber lediglich die Abwehr des dräuenden Impfzwangs. Der großartige Dauerläufer »Captain Future«, also der Berliner Demokrat und Musiker Michael Bründel, verkündete über Mikrophon nahe dem Rosa-Luxemburg-Platz, »dass der Impfzwang abgelehnt...« Der Rest ging unter im Jubel des Volkes wie die Nachricht von der erlaubten Ausreise in der Prager Botschaft im Jahr 1989.

KANN RUSSLAND DIE GUTEN SEITEN EUROPAS RETTEN?

Den eigentlichen Schlag, so realistisch muss man wohl sein, hatte dem Corona-Mörderregime kurz zuvor der russische Vormarsch auf Kiew versetzt. Sollte in einem irren Globalplan nicht auch eingeplant gewesen sein, die Ukraine in einen entvölkerten Schlachtplatz zu verwandeln – woran ich nicht glauben kann –, ist dies der Grund für das stokkende Corona-Regime. Die BRD ist das letzte Land der Erde, in dem ein Teil des Volkes noch immer die Kinderschändermaske aufsetzt und glaubt, der vierte oder fünfte oder sechste oder siebente Booster, würde ihm nun endlich zur Gesundheit verhelfen. Derweil immer mehr Menschen daran elendig verrecken.

Wenn es jemals »Putins Krieg« war und nicht ein Abwehrkampf gegen die ewig vorrückende Nato (also Washington mit dem kleinen London als Kriegstreiber und ihrer Losung: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«), dann haben wir es diesem grausamen Kriegskonflikt zu verdanken, dass der tödliche Biss des Corona-Regimes in unser aller Leiber und Leben gelockert werden musste. Eine Rostower Künstlerin, die seit Jahrzehnten bei Berlin lebte und nun wahrlich keine Ultranationalistin oder fanatische Putin-Anhängerin war und ist, schrieb mir: »Russland kämpft auch für Eure Welt, für Euer Leben, für Euer Europa!« Ist das so? Nach dem Raketeneinschlag im polnischen Grenzgebiet zur Ukraine waren es mal wieder deutsche Kriegstreiberinnen, die ganz vorne dabei waren, kräftig die Eskalation zu fordern. Für ihr ewig schlechtes Gewissen und Minderwertigkeitskomplexe als »uncoole« Deutsche wollen sie am liebsten wieder mal die ganze Welt mit anzünden (siehe auch den Kommentar meiner Kollegin Sophia-Maria Antonulas, Seite 3 dieser Ausgabe). Es fiel dann Amerikanern und Russen zu, die in der ablaufenden Woche in das polnische Dorf Przewodow verirrte Rakete, der zwei Zivilisten traurigerweise zum Opfer fielen, nicht zum Angriff auf ein Nato-Land zu eskalieren. Auch der UN-Sicherheitsrat und die polnische Administration reagierten mit etwas mehr Bedacht, als die deutschesten unter den amerikanischen Kriegstreiberinnen. Man einigte sich darauf, dass die Rakete eine fehlgeleitete ukrainische Flugabwehrrakete sei.



Kultur? Der Pianist und Aktivist der Demokratiebewegung Arne Schmitt wird von Berliner Inlandstruppen auf seinem Klavier angegriffen (2021). Der Flügel ist von der Berliner Staatswanwaltschaft bis heute illegal konfisziert.

AM STERN DES OSTENS ORIENTIEREN?

Nach den bewiesenen Sabotageakten der US-Kriegsfraktionen an den Ostsee-Pipelines, die uns mit Erdgas für Fernwärme und Industrie versorgen (#DW berichtete mehrfach ausführlich und auch dabei weltführend ab #DW106), nach der Sabotage an der Krimbrücke und Nutzung des Seekorridors für Getreidelieferungen für Angriffe auf russische Schiffe, ist die russische Armee nun dabei, Teile der Infrastruktir der Ukraine zu zerstören. 40 Prozent des Landes sollen teilweise oder dauerhaft im Dunkeln sein, weil keine Elektrizität mehr ankommt.

Damit fällt aus das Wasser aus, weil die Pumpen nicht laufen. Es ist für sich betrachtet ein Verbrechen. Die Ukraine entvölkert sich immer weiter. Die meisten Ukrainer flüchten nach Russland (laut UNHCR-Angaben vom 11. November rund drei Millionen), gefolgt von Polen (1,5 Millionen) und Deutschland (1 Million). Die Dunkelziffer dürfte um das Zwei- bis Vierfache höher liegen, insbesondere, was die Abreise oder Flucht nach Russland betrifft. Das Corona-Regime fällt und mit all den Lügen unsere »Eliten«. Sollten wir mehr Russland wagen und uns mit Franzosen, Niederländern und womöglich unseren polnischen Freunden mehr an Moskau orientieren? Es sind jedenfalls Millionen, die dies dem alten Elend vorziehen würden.

Aktueller Podcast von Anselm Lenz auf Apolut.net: »Ich liebe Deutschland.«



Anselm Lenz ist Journalist und Verleger in Berlin. Er ist Gründer der neuen Demokratiebewegung seit 28. März 2020.



IN HUNDERT JAHREN...

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dr. Gert Zenker

Der Theologe Hans Bruns (1895 – 1971) hatte 1937 die Frage gestellt: »Wo sind wir in hundert Jahren?« – Und wo sind, aus Sicht unserer Gegenwart, wir im Jahre 2122?

Irdisch betrachtet: tot, allesamt. Unter anderem Blickwinkel könnte die Antwort sein: entweder an Gottes Seite oder fern von ihm. Wer in seinem irdischen Dasein unbedingt, auf Teufel komm raus, ohne Gott leben wollte, ohne den auferstandenen Christus, dessen Begehren wird in Erfüllung gehen. Gott drängt sich keinem auf. Auch die, die immerfort »Herr, Herr!« rufen, sind keinesfalls auf der sicheren Seite.

Je mehr wir uns hier auf Erden einrichten, es uns bequem machen im jeweiligen Gesellschaftssystem, umso ferner der Himmel. Gottes ewiges Reich hat mit irdischen Reichen nichts gemein, es ist das Ende aller irdischen Macht.

Gott hat im Zeitenlauf immer wieder gezeigt, wer der Herr der Geschichte ist. Reiche, die sich mächtig dünken, steigen auf und verfallen wieder. Zwei Großmachtgebilde sind allein im vergangenen Jahrhundert zerbrochen, vergehen wird auch, was jetzt als globale Diktatur im Anzug ist. Groß ist die Versuchung der Macht. Wer ihr nachgibt, sich daran ergötzt, hat den eigenen Untergang schon beschlossen.

Der Widersacher spielt sich auf als Weltregisseur, setzt sich an die Spitze der Machtpyramide. Menschen zu unterjochen, ihnen die Freude zu nehmen, und vor allem: Sie in die Gottferne zu stoßen, ist sein Beruf. Er freut sich an jedem Übel, jedem Machtgelüste, jeder Gotteslästerung. Und an jedem Kind, das in Verachtung des Gottesglaubens aufwächst. Nimm Deinem Kinde sein natürliches Gottvertrauen und Du hast ihm das Kostbarste genommen im Leben. Nicht alles, worauf wir stolz sind (ein starkes, gottwiderständiges Ich) dient zum Guten.

Lassen wir doch den Menschen, der ein Bewusstsein eigener Sünde hat, am Bußtag Gott um Vergebung bitten, und lassen wir ihm am Ewigkeitssonntag sein Gottvertrauen und die schlichte Hoffnung auf beständige Gottesnähe, einst. Ohne diese Hoffnung möchte ich nicht leben, nicht sterben.

Dr. theol. Gert Rudolf Zenker für #DW112. Zenker ist Herausgeber der WendeBlätter 2020 (www.wb2020.de)

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen.
Das Corona-Unrecht und seine Täter

Marcus Klöckner, Jens Wernicke
Rubikon
978-3-96789-034-1



Rebellion oder Untergang!

Noam Chomsky

Westend
978-3-86489-314-8



Wie konnte es nur so weit kommen?

Gunnar Kaiser (Hrsg.)
Nachwort: Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz
910-3-98227-453-2



Ein willkommener Krieg?
Nato, Russland und die Ukraine

Papyrossa

978-3-89438-801-0



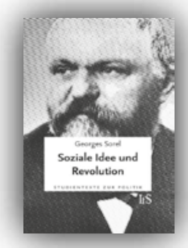
Endspiel Europa
Warum das politische Projekt Europa gescheitert ist...

Ulrike Guérot, Hauke Ritz
Westend, 978-3-86489-390-2



Transsexualität.
Eine Streitschrift

Alice Schwarzer, Chantla Louis (Hgg.)
Kiwi, 978-3-46200-267-6



Soziale Idee und Revolution

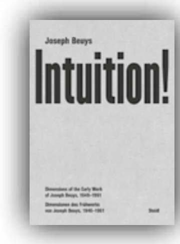
George Sorel

IfS
978-3-93986-972-6



Krieg gegen Deutschland
Magazin 11/2022

Compact
C-2022-11 / compact-shop.de



Intuition!
Dimensionen des Frühwerks

Joseph Beuys
Steidl
978-3-95829-900-9



Vom Scheitern der repräsentativen Demokratie.
Eine demokratische Tragödie

Friedemann Willemer
August Goethe Verlag
978-3-83722-355-2



SPORT MIT BERTHOLD

MASKENLOS NACH KATAR

Von Maske, Injektionen und Tests ist mir in Doha nichts bekannt. Aber wir werden sehen, wie das vor Ort läuft. Denn ich begleite die gesamte Fußballweltmeisterschaft in Katar und werde berichten.



80.000 Zuschauer fasst das Lusail-Iconic-Stadion. Hier sollen sechs Gruppenspiele, ein Spiel in jeder weiteren Runde und das Finale stattfinden. Foto: CC/AFLArchitekten

Vor der Abreise freue ich mich, meine ehemaligen Kollegen und Gegenspieler in den Stadion und im Umfeld des Turniers wiederzusehen. Die Stadien werden ein *Highlight* sein, *State of the Art*, besser geht es nicht. Es findet ja alles im Grunde in der Hauptstadt Doha statt, daher fallen Städtereisen weg.

Diverse Freizeitaktivitäten werden angeboten. Wir wollen auf jeden Fall eine Wüstentour machen – und Land und Leute kennenlernen. Wir waren oft im Nahen Osten, ich kann mich noch an ein Trainingslager Ende der Neunziger mit dem VfB Stuttgart erinnern. Damals standen in Dubai kaum Gebäude.

Britta Berthold und ich kennen die arabische Küche. Für Vegetarier wird es eine große Auswahl geben. Also kulinarisch wird das auf jeden Fall ein weiteres Glanzlicht für uns. Die Fußball-WM beginnt am Sonntagabend und die ganze Welt freut sich darauf.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

KORREKTUR SPORT | In Redigat und Satz ist uns in der Print-Ausgabe DW111 bei Umstellungen ein Fehler unterlaufen. Der Favorit von Sportchef Thomas Berthold für den Turniersieg bei der Fußball-WM 2022 lautet Brasilien. Argentinien ist lediglich sein Gruppenfavorit. Ein redaktioneller Fehler ist uns zum Eröffnungstag 20. November unterlaufen: Die weiteren Turnierspiele finden erst ab 21. November Turniertag statt, es wird kein Spiel vorgezogen. Wir bitten Leser und Autor um Entschuldigung! (red/ale)



Stefan Magnet mit seiner Sondersendung auf dem neuen Sender »Auf1«. Foto: DW-Bildschirmfoto

KRIEG GEGEN DIE MENSCHHEIT

KOMMENTAR von Stefan Magnet, TV-Sender »Auf1«

Die Agenda lautet, Bevölkerungsreduktion und Bevölkerungskontrolle. Zum Einen stirbt Europa aus, zum Anderen soll der Rest kontrolliert werden.

Neueste Forschungen gehen davon aus, dass Europa 2045 endgültig unfruchtbar ist. Die Spermienzahl bei Männern nimmt dramatisch ab, weil die Menschheit vergiftet wird. Ab diesem Zeitpunkt, also in zwanzig Jahren, kann sich Europa nicht mehr selbst erhalten, in keiner Weise. Es kommt ja jetzt schon zu massiven Einbrüchen auch ohne Corona, und das hat die Lage massiv beschleunigt.

Auf dieses Ziel hin sind alle Agendazweige gerichtet, die Klimapanikmache redet uns ein, dass es ohnedies besser ist, keine Kinder zu bekommen, weil man dann den CO2-Abdruck verringert. Die Homo-Gender-Gehirnwäsche redet den Kindern ein, dass sie divers und trans sind. Und diese Umerzogenen bekommen dann aus freien Stücken keine Kinder mehr, weil sie ihr Leben lang auf der Suche nach ihrem aktuellen Geschlecht sind, oder sich überhaupt umoperieren lassen.

WIE BEI MONSANTO

Die Massenmigration ist *Replacement Migration* – Ersetzungsmigration, eine offizielle Agenda der globalistischen Institutionen. Die ideologische Grundlage für diese Massenmigration stammt von der Pan-Europa-Bewegung, die vor exakt hundert Jahren geschaffen wurde. Und die Big-Tech-Konzerne wie Google und Microsoft stellen künftig die künstliche Intelligenz, die Supercomputer, die Technik, um zuküftig alle Menschen kontrollieren zu können. Man ist dort schon sehr weit. In wenigen Jahren ist der Apparat perfekt. Und die künftige Reproduktion geschieht dann, weil alle unfruchtbar sind, mittels Genlabor im Reagenzglas. Das ist dann totale Kontrolle wie beim Genmais von Monsanto. Wo auch nur der Konzern bestimmt, wer sich fortpflanzen darf. Der Rest wird gefügig gemacht und betäubt. Für die Globalisten ist dieser Rest nutzlose Masse, Menschen, die nicht mehr benötigt werden. Die Globalisten bekennen sich heute zum Transhumanismus, zur Überwindung und Beseitigung der Menschen.

So offen wurde noch nie gegen die menschliche Spezies in der Gesamtheit vorgegangen, weshalb ich ganz bewusst, von Krieg gegen die Menschheit spreche. (Stefan Magnet, 14. November 2022, TV-Sender »Auf1«, Transkript DW/Dr. Werner Meixner)

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

»EINER MUSS DEN FRIEDEN BEGINNEN, WIE DEN KRIEG.«
STEFAN ZWEIG

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*